

VORAN

Solidaritätspreis

3,-

Zeitung der
SAW
Sozialistische Alternative

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus 1,- DM

VORAN Nr. 203 März 1999

Löhne rauf, Löhner runter!

Die Diäten der Bundestagsabgeordneten stiegen am 1. Januar um satte 525 Mark. 12.875 Mark plus 6459 Mark steuerfreie Kostenpauschale **sackten sie jeden Monat ein.** SPD-Kanzler Schröder verpönt über eine halbe Million DM im Jahr. Die gleichen Politiker, die von den Beschäftigten im öffentlichen Dienst immer größere Lohnopfer verlangen und Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst streifen, plündern für sich und für die Reichen die Staatskassen.

Die Tarifrunde im öffentlichen Dienst zeigt, daß der Reallohnswachstum in Bonn nichts ändert. Die Arbeitgeber, in ihrer Mehrheit SPD-Vertreter, fordern, daß Einkommenserhöhungen an anderer Stelle durch Personalkostenenkung ausgeglichen werden müssen. In einem Interview mit dem Stern (7/99) hat Schilly erklärt, daß es für die im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung vorgesehene Lohnerhöhung von 2,5 Prozent im öffentlichen Dienst keinen Spielraum gebe. Originator: „Ich lasse mich auf keinen Abschluß ein, der außerhalb der Realität liegt. Notfalls müssen wir eben einen Arbeitskampf aushalten.“ Die Realität für die Beschäftigten interessiert ihn dabei nicht. Wohin die Arbeitgeber im öffentlichen Dienst gehen wollen, zeigt der Horrorokatalog den die Arbeitgeber der Krankenhäuser vorgelegt haben. (Siehe Artikel Seite 4).

Gemeinsamer Kampf

Möglichst breite Mobilisierung der Beschäftigten wäre die richtige Antwort auf diese Provokationen. Aber was machen die Gewerkschaftsführungen? Sie lassen sich in der Tarifrunde auf eine fatale Spaltung ein. Obwohl viele Gewerkschaften gleichzeitig in der Tarifausschließung stehen, wurde bisher kein gemeinsamer Kampf organisiert. Mit dem Abschluß bei Metall

in einem Bezirk wurde ein gemeinsamer Kampf aller Gewerkschaften verhindert. Nicht mal die Gewerkschaften, die fusionieren wollten, kämpften gemeinsam. Die ÖTV-Führung betrieb selbst für den eigenen Bereich eine weitere Spaltung in der Tarifpolitik. Nachdem bereits vor längerer Zeit bei den Flughafen Verschiebungen bei den Mantelarbeiten ausgehandelt wurden, wurde jetzt mitten in der Lohntarifrunde bei den kommunalen Versorgungsunternehmen Tarifabsenkungen und Arbeitszeitflexibilisierung im Manteltarif abgeschlossen. Genau diese Tarifabsenkungen und die Niedriglöhne im Osten werden jetzt benutzt um sie in einem nach dem anderen Bereich durchzusetzen und die ÖTV läßt sich darauf ein. So wird sie Ende März und Ende April mit den Krankenhäusern über deren Horrorokatalog zum Mantelarbeitgebern über deren Vertrag verhandeln, obwohl es da überhaupt nichts zu verhandeln gibt. Alles was dabei herauskommen kann, kann nur schlechter sein als der bisherige Tarifvertrag. Unsere Antwort auf Ausritte aus dem Arbeitsgeberverband zwecks Tarifrifflucht muß heißen: Streik nicht nur in den Krankenhäusern, sondern auch Solidaritätsstreiks in den Bereichen mit ökonomischer Macht.

Warum setzt die ÖTV-Führung nicht auf die Solidarität der ganzen ÖTV bei der Verteidigung der Tarife in den Krankenhäusern. Anstatt den Kampf der Krankenhausbeschäftigten mit der allgemeinen Tarifrunde zu verbinden, macht die ÖTV zwei getrennte Kampagnen daraus. Für den 22. und 23. März - 4 Wochen nach den ersten Warnstreiks zur Tarifrunde - soll es erste bundesweite Aktionen in den Krankenhäusern geben. Es ist zu befürchten, daß Arbeitgeber und ÖTV-Führung erst einen Lohnabschluß machen und die Krankenhausbeschäftigten dann in der Auseinandersetzung um den Mantelarbeitvertrag alleine stehen.

Druck organisieren

Nach dem Abschluß von 3,6 Prozent bei Metall droht dem öffentlichen Dienst ein niedriger Abschluß, wenn nicht von unten Druck auf die Führung organisiert wird. Der ÖTV-Vorstand hat dafür gesorgt, daß die offizielle Forderung schon 1 Prozent unter der Metallforderung liegt. In einem Interview mit der Stuttgarter Zeitung vom 22. Januar hat Mai aber selbst zugegeben, daß „allein in den vergangenen fünf Jahren, die Lohnerbhöhungen im öffentlichen Dienst um 5 Prozent hinter dem privaten Sektor herhinken.“ Die Schlussfolgerung daraus kann nur heißen, daß wir mehr herausholen müssen als die Metalller. Es geht darum den Kampf zu führen um folgende Forderungen durchzusetzen:

- ✓ Sofortiger Abbruch der Mantelarbeitverhandlungen für die Krankenhäuser und offensiver Kampf gegen Privatisierung, Tarifrifflucht und gegen den Rückzug von Ländern und Kommunen aus der Krankenhausfinanzierung
- ✓ Kein Tarifabschluß in irgendeinem Bereich, der zu Verschlechterungen führt
- ✓ Urabstimmung und bundesweiter Vollstreik um mindestens 5,5 Prozent Lohnerhöhung und 100 Prozent Weihnachtsgeld durchzusetzen
- ✓ Keine Schlichtung
- ✓ Gemeinsamer Kampf und Streik mit allen Gewerkschaften, die derzeit in der Tarifausschließung stehen
- ✓ Kein Abschluß ohne demokratische Diskussion und Abstimmung in der Mitgliedschaft

Holger Dröge

Schulvertreter der JAV-Vorsitzender am Klinikum Aachen (Vorgabe der Punkte dient nur zur Kennzeichnung der Person)

Leere Staatskassen mit dem Geld der Reichen füllen!

Wäre der Anteil der Unternehmer am gesamten Steueraufkommen noch so hoch wie 1988 wären jährlich 100 Milliarden Mark mehr in den öffentlichen Kassen. Quelle: WSI

Die Geldvermögensbesitzer entziehen dem Staat durch illegale Geldverschiebung ins Ausland jährlich 20 Milliarden an Zinsabschlagssteuer. Der Spiegel 7.12.98

135 Milliarden zahlten die öffentlichen Haushalte 1997 an Zinsen. Quelle: isw-Info Nr. 28

1998 hat die Deutsche Bank ihren Gewinn gegenüber dem Vorjahr auf 8 Milliarden Mark ververfacht. Handelsblatt, 17. 2.99

Würde die rotgrüne Bundesregierung die von der Kohl-Regierung abgeschaffte Vermögenssteuer und Gewerbesteuer wieder einführen hätten Länder und Kommunen 16 Milliarden Mark mehr in ihren Kassen. Quelle: aktuell 99

1 Prozent Steuern auf dieses Geldvermögen würde bei weitem ausreichen, um die 5,5 Prozent Lohnerhöhung im öffentlichen Dienst zu finanzieren (angedöhlte Kosten 22 Milliarden Mark).

29. Mai: Auf nach Köln!

Demonstration anläßlich des Regierungsgipfels der Europäischen Union

International

gegen die Diktatur der Banken und Konzerne

- ★ Gegen Arbeitslosigkeit, Billigjobs und Sozialabbau
- ★ Gegen Nationalismus und Rassismus
- ★ Gegen das Europa des Kapitals

PDS nach 100 Tagen Rot-Grün:

Opposition nur in Worten

Die PDS – einzige linke Oppositionspartei im Bundestag – hätte die Verantwortung, mit aller Macht den außerparlamentarischen Druck auf Rot-Grün zu organisieren, um die Einhaltung der Wahlversprechen und die Rücknahme aller Kürzungen der Kohl-Regierung einzufordern.

Björn Speidel, Berlin

In den Verlautbarungen und Redebeiträgen aus der PDS-Bundestagsfraktion wird die SPD-Grünen-Regierung auch mehr oder weniger stark kritisiert – etwa in ihrem Einklinken bei Atomastieg und doppelter Staatsbürgerschaft. So wird die geplante „Ökosteuer“ als „reine Abzockerei“ bezeichnet und Innenminister Schily (SPD) wird wegen seinem halbseitigen Doppelpaß-Entwurf und dem Einklinken vor der rassistischen CDU-Kampagne als „Otto Kanther“ betitelt und der SPD ein „rückhaltloser Einbruch“ bescheinigt. Aber statt eine breit angelegte Gegenkampagne zur

CDU-Heizjagd zu organisieren, beschränkte sich die PDS auf einen Aktionstag und Proteste im Parlament. Gleichzeitig versucht die PDS-Führung die Illusion zu verbreiten, allein durch eine Einbeziehung der PDS in rot-grüne Regierungen sei ein Politikwechsel im Interesse der arbeitenden Bevölkerung möglich. So meinte der PDS-Fraktionschef Gysi nach der Hessen-Wahl, daß SPD und Bündnis90/Grüne ohne die PDS strukturell über keine Mehrheiten in der Gesellschaft verfügen. Aber was will die PDS sein? Mehrheitsbeschaffer für rot-grüne Kürzungsregierungen oder sozialistische Opposition auf der Straße, in den Betrieben und im Parlament?

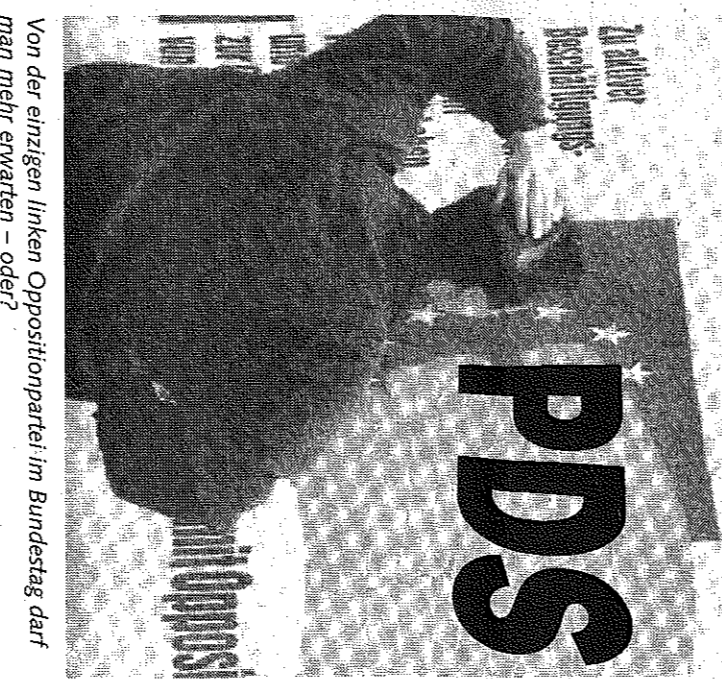
Zukunftspläne

Was uns mit SPD-PDS-Regierungen blüht, zeigt die Koalition in Mecklenburg-Vorpommern und die Praxis zahlreicher PDS-Stadträte und Bürgermeister in Ostdeutschland: Zustimmung

zu Privatisierung und Stellenabbau, Kürzungen bei Bildung und Kitas. Stattdessen wäre es nötig, mit Hilfe der Parlamentarische außerparlamentarischen Widerstand gegen Sozialismus, zu Massenarbeitlosigkeit und Sozialabbau anzutreten. Sie akzeptiert die Marktwirtschaft und möchte sich durch Tolerierung und Koalitionen mit SPD-Regierungen in diesem System ein warmes Nest bauen.

Deutlich wird das in den internen Debatten. Auf dem Parteitag der PDS im Januar in Berlin stimmten die Delegierten einem Vorstandsantrag zu, eine komplett neue Debatte über das Programm zu beginnen. Aus den Redebeiträgen von Bisky und Gysi wurde klar, daß sich die Parteilührung als Grundlage dieser Diskussion die Vorschläge des „Rostocker Manifests“ wünscht. Dieses Dokument der Parteireichen räumt auf mit sozialer Gegenwart und dem Ziel des Sozialismus und setzt auf „Innovationsprogramme“ und ostdeutsche Mittelstandsförderung.

PDS



Von der einzigen linken Oppositionspartei im Bundestag darf man mehr erwarten – oder?

Innereparatliche Opposition zu diesem Rechtsruck findet sich nur vereinzelt. Der SPD-Abfederung der Parteilührung wird keine organisierte, sozialistische Opposition entgegen gestellt. So ist es kein Wunder, daß die PDS auf linke Jugendliche und ArbeiterInnen immer weniger Anziehungskraft ausübt – gerade in den Gebieten mit starker Polarisierung zwischen linken Jugendlichen und Nazis gibt die PDS damit den Rechten ideologischen Spielraum. Auch die Nichtbeteiligung der PDS an den Wahlen in Hessen hat den Rechten geholfen. Nötig ist der Neuaufbau einer kämpferischen, sozialistischen Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche, die die Arbeit im Parlament mit dem Kampf in den Betrieben und Stadtteilen verbindet. ■

Billiger Telefonieren durch Privatisierung?

Telefonieren in Deutschland sei „ein Paradies für Pfennigfuchser“, die Telefontkunden hätten durch die Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes rund fünf Milliarden DM eingespart, so die Boston Consulting Group. Da staunt der Fachmann und der Laie wundert sich: die meisten niedrigeren Rechnungen als vorher.

Claus Ludwig, DPG-Mitglied, Köln

Wer die hohe Schulle des call-by-call beherrscht und täglich 5-10 Minuten in das Studieren aktueller Tabellen und in Anwahlversuche bei den Telekom-Konkurrenten investiert, wird bei den Ferngesprächen sparen. Doch oft wird diese Sparstrategie alleine durch die Ausbreitung des Mobilfunks durchkreuzt. Entweder man hat – und zahlt Grundgebühr plus teure Telefonkosten – oder man hat nicht – und zahlt die horrenden Verbindungsentgelte zu den Handy-Netzen.

einer Einheit auf 8 Minuten wurde damals als starke Verteuerung empfunden. Ortsgespräche sind bis heute teurer geblieben. Heute gilt: je globaler telefoniert wird, desto mehr kann man sparen. Unter dem Strich sparen Unternehmen und Geschäftslente. Positiv gerechnet haben die Durchschnittsverbraucher also für etwas mehr Geld mehr Leistungen bekommen, Schnäppchen-Experten konnten ihre Rechnung sogar senken. Ist das der Privatisierung zu verdanken? Keineswegs. Der hochgelobte „freie Markt“ ist in Wirklichkeit ein Hindernis bei Umsetzung der technischen Fortschritte der Telekommunikation.

Schon längst bezahlt

Der größte Kostepunkt in der Telekommunikation ist der Netzaufbau. Dieser ist in Deutschland von der Bundespost getragen worden. Dazu wurden Steuergelder und Bundespost-Gewinne aus den da-

bei der Jagd auf Telefonmitteln werden enorme Kapitalmassen in Gang gesetzt. 1998 haben deutsche Unternehmen 956 Millionen DM für Werbung eingesetzt. In der Hoffnung auf hohe Profite werden parallel Netze von verschiedenen Firmen aufgebaut. Riesige Überkapazitäten werden geschaffen. Selbst das optimistisch geschätzte Wachstum des deutschen Marktes von 70 Milliarden DM 1998 auf 100 Milliarden DM 2002 wird nicht

unser Standpunkt Landtagswahlen in Hessen Welche Politik ist gescheitert?

In den bürgerlichen Medien wird diese Wahl als eine Volksabstimmung über die doppelte Staatsbürgerschaft dargestellt. Richtig ist, daß die CDU mit ihrer rassistischen Unterschriftenskampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft die in Teilen der Bevölkerung vorhandenen rassistischen Vorurteile in wahlentscheidenden Stimmenzuwachs umsetzen konnte.

SPD-Rassismus und grüne Alternativlosigkeit

Die SPD hat der CDU ihre „unmoralische“ Unterschriftenkampagne vorgeworfen aber gibt nach der Wahl den CDU-Rassisten nach. Sie setzt damit ihre Politik der vergangenen Jahre fort. Ob Abschaffung des Asylrechts oder Abschiebung – bei jeder Schweinerei ist die SPD dabei. Auch die SPD pflegte das Bild vom potentiell kriminellen Ausländer. Und den deutschen Paß sollten alle Ausländer erst nach mehrjährigem Aufenthalt und nur gegen ein Bekenntnis zur Verfassung erhalten. – sicher ist sicher. Die Schily-Botschaft – rau keinem Ausländer – ist bei rückständigen Wählern angekommen. Und dann wundert sich die SPD, wenn einige ihrer eigenen Mitglieder an den Ständen der CDU stehen und fragen, wo man denn hier gegen die Ausländer unterschreiben könne.

Die CDU hat in wenigen Tagen mehr außerparlamentarischen Druck gemacht als die SPD in 16 Jahren Bonner Opposition. Wann hat die SPD, wann haben die Grünen jemals einen konkreten gemeinsamen Kampf von Deutschen und Nicht-Deutschen gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau propagiert und organisiert? Das wäre der Weg, die auch in Teilen der Arbeiterschaft vorhandenen rassistischen Vorurteile zu überwinden.

In acht Jahren Landesregierung in Hessen hat Rot-Grün Kürzungspolitik & ja CDU betrieben. In 100 Tagen Bundesregierung haben SPD und Grüne nur ihre völlige Unfähigkeit bewiesen. Antworten auf die drängenden Probleme der arbeitenden Bevölkerung zu geben. In ihren ersten 100 Tagen hat die rot-grüne Bundesregierung keinen grundlegenden Wechsel in der Politik eingeleitet, keine Umkehr der Umverteilung begonnen, keine Sozialreformen beschlossen, die diesen Namen verdienen. Im Gegenteil: Sie hat an vielen Fronten dem Druck aus dem Unternehmenslager nachgegeben. Ob bei der Ökosteuer, dem Ausstieg aus der Kernenergie, der Unterstützung für den Bombenangriff gegen das irakische Volk – sozialdemokratische und grüne Grundsätze wurden, sofern noch vorhanden, schnellstens über Bord geworfen. Gleichzeitig soll der Stellenabbau im öffentlichen Dienst fortgesetzt werden, wird den Beschäftigten in Bund, Ländern und Kommunen eine angemessene Lohnerhöhung verweigert und steigt die Massenarbeitslosigkeit wieder.

Wachstumsbranche? ohnehin nicht viele Jobs. Eine Studie des Bundesamtes für Post und Telekommunikation geht davon aus, daß 2000 noch 300.000 Beschäftigte im Telefondienst arbeiten werden, heute sind es 322.000. Die kapitalintensiven Konkurrenten stellen weniger Leute ein als die Telekom Stellen abbaut.

Ein Ende des Höhenfluges ist abzusehen. Die scharfe Konkurrenz zwingt zu Preissenkungen und Werbeschritten. Die Gewinne schrumpfen. Eine Studie der Westdeutschen Landesfunk empfiehlt Mobilcom ein Zusammengehen mit TelDaFax und später mit dem Netzbetreiber 9.net.o. Konzern und Banken investieren angelegte Mengen an gestautem Kapital in die Telekommunikation, weil die Aktienpreise Renditen als in anderen Branchen versprechen. Doch die Kurse haben keine reale Basis, denn es werden weniger Werte geschaffen, über kurz oder lang werden gewaltige Mengen Kapitals im Telekommunikationsbereich vernichtet werden und wenige Konzerne übrigbleiben. Die großen vier der Branche in Deutschland – Telekom, Mannesmann-Arcor, Viag Intercom und die RWE-VEBA-Tochter otelo wird das nicht aus der Bahn werfen. Sie können gewaltige Verluste für den Netzaufbau immer noch als Verlustvortrag für die Steuer nutzen und

Die Grünen haben sich erneut als Unkipp Partei erwiesen. Mit jedem Tag an der Regierung wird klarer, daß die Grün-Alternativregierung noch nicht aus der Erbschleiche haben nur noch neun Prozent der Erstwähler und zwölf Prozent der Jungwähler gewählt. Die Grünen hätten bestimmt mehr Stimmen bekommen, wenn sie Demonstrationen der Kernkraftgegner im Lande für einen sofortigen Ausstieg organisiert hätten statt bei der Atommafia um Konsens über die Aussichten von abgeschriebenen Atommeilern in einer unbestimmten Zukunft zu betteln.

Im gleichen Maße wie es der CDU gelungen ist, mit ihrer rassistischen Kampagne rückständige Nichtwähler zu mobilisieren, sind vor allem enttäuschte Grünwähler zu Hause geblieben. Und die SPD konnte auch nicht mehr enttäuschte Grünwähler zu Hause begeistern. Die größte Partei bei der Landtagswahl in Hessen war die Partei der Nichtwähler.

Weiterer Rechtsruck von Rot/Grün

SPD und die Grüne ziehen die Schlussfolgerung, daß sie in ihrer Politik noch weiter nach rechts rücken müssen, weil die Wähler ja a gerade recht so rechts sind. Schröder hat die neuen aufgefordert, den „linken“ Parteilügel und Trittn kaltzustellen („Mehr Fischer statt Truttn“) und es gab Gerüchte über Geheimverhandlungen der SPD mit der FDP. Die Grünen selbst wollen nun ihre ökologischen Vorschläge noch mehr an die wirtschaftlichen „Realitäten“ des „Standorts Deutschland“ anpassen. Weil SPD und Grüne das kapitalistische Wirtschaftssystem mit seinen „Schwängere akzeptieren, werden sie weiter Konteroffen in dem Interesse des Kapitals umsetzen und selbst bei ihren wenigen Mini-Reformen nicht kippen. So öffnen sie Tür und Tor für weitere rechte Unterschriftenkampagnen von Seiten der CDU/CSU, die CDU hat jetzt schon angekündigt, unter Umständen Unterschriften gegen die Gleichstellung homosexueller Leber.

Solange es keine politische Alternative gibt, welche die sozialen Fragen in den Mittelpunkt stellt, wird der Protest gegen das Establisment auch Ausdruck auf der rechten Seite finden.

Die einzige Antwort auf den Einheitsbrei der bürgerlichen Parteien von Grün bis schwarz kann nur der unabhängige Kampf der Arbeiterklasse für ihre eigenen Interessen sein. T dieses Kampfes ist der Aufbau einer neuen Arbeiterpartei, die eine gesellschaftliche Alternative zum niedergehenden Kapitalismus anbietet. Eine Arbeiterpartei mit sozialistischen Programmen würde dafür kämpfen, daß die Rechten nicht die Straße überlassen wird und stattdessen Deutsche und Immigranten gemeinsam gegen Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau, Atomkraft und Umweltzerstörung messene Lohnerhöhung verweigert und steigt die Massenarbeitslosigkeit wieder.

verspricht die Wachstumsbranche“ ohnehin nicht viele Jobs. Eine Studie des Bundesamtes für Post und Telekommunikation geht davon aus, daß 2000 noch 300.000 Beschäftigte im Telefondienst arbeiten werden, heute sind es 322.000. Die kapitalintensiven Konkurrenten stellen weniger Leute ein als die Telekom Stellen abbaut.

Globale Telefonitis?

Während in Europa die totale Telefonitis gepredigt wird, haben 73 Prozent der Menschheit noch nie ein Telefongespräch geführt (laut „Media and Marketing Europe“, 11/98). Das heißt, die Hälfte der Weltbevölkerung ist noch nie in einem Telefongespräch gewesen. Das ist ein Armutszeugnis. Statt globale Kommunikation zu erreichen, konzentriert sich ein scharfer Wettbewerb auf begrenzte Konsumentenschichten in den entwickelten Ländern. Um diese noch mehr zum Telefonieren zu verleiten, sind Preissenkungen nötig, die nur machbar sind, weil die „freien Wettbewerber“ frei von anderen

Die jüngsten Preissenkungen deuten nur an, was noch zu erwarten wäre, wenn die Telekommunikation gesellschaftlich geteilt würde. Eine vom bitrokatulats Wasserkopf betreibe Telekom als öffentliches Unternehmen würde die Verbraucher dematisch beteiligen würden, hätten Preise umfassender und an Interesse der privaten Telefonorientiert senken können. Wenn nur ein Teil der Maßnahmen, die jetzt für Übermaß und technisch unnötigen Neuzausgegeben werden, für Preissenkungen und die Aufrechterhaltung qualifizierter Arbeitsplätze bei der Telekom verteidigt werden wären, würde der worden wären, würde technische Fortschritt wirtschaftlich nutzbringend sein. Interneta-Zugang würden zusätzliche öffentlichen Kosten erfordern. Preissenkungen im jetzigen Rahmen werden trotzdem möglich. Und telefonieren wäre so einfacher. Und man wählt die Nummer des Teilnehmers, den man kontaktieren will, ja, man könnte sogar Rufnummern abschpecken. Und die besondere



Kurden in einem Internierungslager des türkischen Militärs. Die Kurden sind das größte Volk ohne Selbstbestimmungsrecht und ohne einen eigenen Staat.

Schluss mit der Hetze gegen die Kurden!

Von Opfern und Tätern

Kanzler Schröder und die Medien von BILD bis Tages-

schau sprechen davon, daß die Kurden Konflikte auf deutschen Straßen austragen, die nicht hierhin gehören. Aber Deutschland ist Täter im Krieg und Terror gegen das kurdische Volk. Der Ruf für die Freiheit der Kurden gehört deshalb genauso nach Deutschland, wie in die Türkei.

Sascha Stanicic, Köln

Der Krieg des türkischen Staates gegen das kurdische Volk wird unter anderem mit deutschen Waffen geführt. Die Türkei ist NATO-Partner und wichtigster Stahthalter für die

und die doppelte Staatsbürgerschaft weiter anzuzweifen. PKK

PKK

Die Wut und Ohnmacht der kurdischen Demonstranten ist verständlich. Sie sind vielfach selber aus Kurdistan vertrieben worden, ihre Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht, ihre Verwandten ermordet und nun ist ihr politischer Führer entführt worden und muß mit der Todesstrafe rechnen. Diese Wut hat sich in Aktionen Bahn gebrochen, die perspektivlos sind und den Befreiungskampf der KurdInnen nicht weiter bringen. Sie lauten Gefahr sich von deutschen ArbeiterInnen

Massaker

Die isolierten Besetzungskolonien und Verwüstungen von Konsulaten, und die verurteilten Brandanschläge auf türkische Einrichtungen sind kontraproduktiv. Es lohnt sich aber auch einmal genau zu betrachten, was bisher geschehen ist. Die wirklichen Opfer der letzten Wochen KurdInnen sind. Außer einer Mitarbeiterin im Hamburger SPD-Büro, wurde kein Angestellter der besetzten Einrichtungen verletzt. In der israelischen Botschaft in Berlin fand aber ein Massaker an 19 KurdInnen statt, wogegen sich nicht der geringste Protest erhoben hat. Die KurdInnen, die israelische Botschaft gestürmt haben, waren nach Angaben unabhängiger Augenzeugen nur mit Holzstöcken bewaffnet. Bei dieser Erstürmung wurde nicht ein israelischer Sicherheitsbeamter verletzt. Dies haben, ohne einen Warnschuß abzugeben, sofort in die Menge kurdischer Demonstranten gefeuert und dabei drei ermordet und 16, zum Teil schwer, verletzt. Bei den Ereignissen vor der israelischen Botschaft in Berlin handelte es sich nicht um eine „Schieberei“ (Süddeutsche Zeitung), denn es wurde nur auf einer Seite geschossen. Wie anders soll man dieses Ereignis bezeichnen, als einen staatlich gedeckten dreifachen Mord, der von der Bundesregierung sanktioniert wird.



Krieg gegen Kurden mit Waffen aus Deutschland: Deutscher Unimog in der Stadt Silopi, März 1996.

Interessen der USA und der BRD im Nahen Osten. Die Verletzungen der Menschenrechte kümmern der westlichen Staaten nicht, Wirtschafts- und Militärliefer gehen weiter. Mit dem Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen hat die Bundesregierung 1993 die Unterdrückung der KurdInnen nach Deutschland getragen und eine ganze Volksgruppe politisch enteignet. Neben der Türkei sind Deutschland und Frankreich die einzigen Staaten, die mit der PKK die politische Kraft verboten haben, die die mehrheitliche Unterstützung der kurdischen Bevölkerung genießt und einen legitimen bewaffneten Kampf führt.

Von „Kurdenterror“ und „Kurdenterror“ ist in Presse und Fernsehen die Rede. Damit soll eine Pogromstimmung in der deutschen Bevölkerung entfacht werden, die die weitere politische Verfolgung von KurdInnen vereinfachen und Abschlüssen erleichtern soll. Gleichzeitig werden die Proteste der KurdInnen dazu genutzt, rassistische Stimmung zu verbreiten, nach scharferen Gesetzen zu rufen (die dann in Zukunft auch gegen Anti-AKW-Demonstranten

Freiheit für Kurdistan!

Die wahren Terroristen

EU und USA haben Abdullah Öcalan in einer Hetzjagd den Henkern des kurdischen Volkes in die Arme getrieben. Es hat sich bestätigt, wovon wir schon in den letzten Ausgaben der VORAN gewarnt haben: Die EU und die USA streben keine politische Lösung der Kurdenfrage an. Für sie ist der Krieg das kleinere Übel im Vergleich zu einer kurdischen Autonomie. Deshalb leisten sie dem türkischen Staat aktive Unterstützung, auf die dieser angewiesen ist.

Claus Ludwig, Köln

Jetzt fordern Kanzler Schröder und alle, die den KurdInnen das Recht absprechen, in Deutschland zu demonstrieren, die Türkei möge einen „fairen“ Prozeß durchführen. Aber Prozeß die Verschiebung Öcalans in die Türkei war völkerrechtswidrig. Der Politiker, der sich an die europäische Öffentlichkeit wendet und behauptet, es gäbe eine Möglichkeit, daß Öcalan einen fairen Prozeß erhält oder nicht getötet wird, lügt wissenschaftlich.

Die meisten der über 30.000 Toten sind kurdische Zivilisten, getötet durch Aktionen des Militärs. Das bestreitet nicht einmal der türkische Generalstab. Auf die Anklagebank wegen Verbrechen im Kurdistan-Krieg gehören die kurdischen Offiziere, die Politiker, die Angehörigen der aus Faschisten und Mafiosi rekrutierten Todesschwadronen und die Waffenhändler aus Deutschland, den USA und Großbritannien.

Öcalan wird vor ein Staatssicherheitsgericht (DGM) gestellt werden. Die DGM sind militärische Sondergerichte, deren Aufgabe die Aburteilung von Regimegegnern ist. Eingeführt wurden diese Gerichte nach dem Militärputsch 1971 und wurden 1974 von der Regierung Ecevit, dem jetzigen Ministerpräsidenten, für illegal erklärt. Ihre Wiedergeburt erleben sie nach dem Putsch 1980. Die kurdische Politikerin Leyla Zana wurde allein wegen des Tragens der kurdischen Farben im Parlament von einem Staatssicherheitsgericht zu 15 Jahren Haft verurteilt.

„Ich wurde immer wieder mit Füßen getreten. Die Augen hatten sie mir verbunden. Sie quetschten meine Fußsohlen und gaben mir Elektroschocks. Ich konnte die Folter nicht aushalten.“

Mehmet Özalik, aus Deutschland in die Türkei abgeschoben. Kurde über die Folter nach der Abschiebung

nach dem Militärputsch 1971 und wurden 1974 von der Regierung Ecevit, dem jetzigen Ministerpräsidenten, für illegal erklärt. Ihre Wiedergeburt erleben sie nach dem Putsch 1980. Die kurdische Politikerin Leyla Zana wurde allein wegen des Tragens der kurdischen Farben im Parlament von einem Staatssicherheitsgericht zu 15 Jahren Haft verurteilt.

Ende des Krieges?

In der Türkei jubeln neben notorischen Faschisten und Militaristen auch einfache Menschen, die auf die Propaganda hereingefallen sind, es gäbe in der Türkei keine kurdische Frage, sondern ein Terrorproblem, das sich erledigen würde, wenn man der PKK den Kopf abschlägt. Sie werden enttäuscht werden. Der eiserne Griff des Militärs wird verstärkt. Innerhalb einer

den letzten Wahlen über 50 Prozent in vielen kurdischen Gebieten bekam, festgenommen worden. Wenn die Unterdrückung weitergeht, wird auch der Beteiligungskampf weitergehen. Durch das Triumphgeheul und die Zurschaustellung Öcalans verschärft das Regime die Spaltung zwischen KurdInnen und Türklern. Bisher waren gewalttätige Auseinandersetzungen meistens auf den Südoosten beschränkt. Jetzt werden Provokationen der Staatssorgane und nationalistischer Banden die Gewalt in die großen Städten der Westtürkei tragen.

Welcher Weg nach vorne?

Die kurdische Befreiungsbewegung steht am Scheideweg. Von den westlichen Regierungen hat sie nichts zu erwarten. Die Guerilla ist stark in der Defensive. Ein Verschärfung des Krieges mit Verweigerung von Maßnahmen wie Bombenanschlägen in den Tourismus-Gebieten, den türkischen Großstädten oder Europa würde die Bewegung nicht vorwärtsbringen, sondern nur die Gefahr der völligen Isolierung von den türkischen Volksmassen vergrößern.

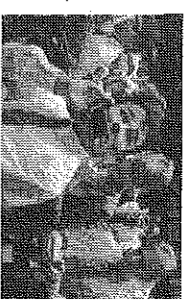
Die jubelnde Stimmung in der türkischen Bevölkerung wird nur von kurzer Dauer sein. Schon bald werden wieder Themen wie die Wirtschaftskrise, die Armut und der Mafia-Staat im Vordergrund stehen.

Der Kern der kurdischen Bewegung ist intakt: Millionen Menschen wollen für Freiheit und Selbstbestimmung kämpfen. Viele von ihnen leben in den Industriestädten der Westtürkei. In den linken, klassenkämpferischen Gewerkschaften

ten wie der KESK kämpfen türkische und kurdische ArbeiterInnen zusammen gegen die Unternehmen und für demokratische Rechte. Der einzige potentielle Verbündete der kurdischen Massen ist die Arbeiterklasse in der Türkei, den Nachbarländern und Europa. Die kurdische Befreiungsbewegung würde sich strategisch gut positionieren, wenn sie für die Einheit der arbeitenden Menschen und für Sozialismus einträte und ihre Aktivitäten auf die Gewerkschaften, Betriebe, Universitäten und städtischen Armenviertel konzentrieren würde.

Wenn die Aktivisten der kurdischen Bewegung ihre Kraft für die gemeinsamen Interessen der arbeitenden Menschen in der Türkei und in Europa einsetzen, wird es in der Zukunft wieder einfacher werden. Unterstützung für die Forderung nach Selbstbestimmung

Ihr da oben ...



Der Preis ...

Vor jedem Kauf von Margarine kommt der Preisvergleich. Dank der Privatisierung der Telekom können wir endlich auch hier vergleichen. Bei 2500 Tarifen kommt keine Langeweile auf. Beispiel Telekom-Werbung für ihren Tarif „Selectplus“: „Bei Select5plus können Sie sich für einen monatlichen Grundpreis von nur 5 DM 5 Rufnummern im Festnetz aussuchen, zu denen Sie 10 Prozent günstiger als im Normaltarif telefonieren. Davon können sogar zwei im Ausland sein. Oder entscheiden Sie sich für 4 Rufnummern im Festnetz und eine Mobilfunknummer, mit der Sie dann sogar bis zu 29 Prozent günstiger telefonieren als im Normaltarif ...“ Aus Platzgründen können wir die Fußnoten, die Bestandteil dieses Angebotes sind, nicht abdrucken, weisen aber darauf hin, daß „Selectplus“ leider nicht mit anderen Spezialtarifen der Telekom kombiniert werden kann.

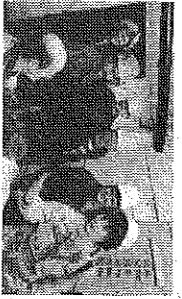
... ist ...

Seit die Bahn für die Privatisierung fit gemacht wird, geht die Zeit des simplen Fahrschein-Kaufs der Vergangenheit an. König Kunde darf wählen: Da gibt es ein Guten-Abend-Ticket, Schönes-Weekende-Ticket, Stadtticket. Oder doch lieber die BahnCard bzw. BahnCard First kaufen? Oder man wählt zwischen Sparpreis ICE-Sparpreis und ICE-Super-Sparpreis. Damit es nicht zu einfach ist, gibt es zu jedem Tarif ein paar Besonderheiten. Beispiel Sparpreis: „Günstiger Pauschalpreis für Hin- und Rückreise. Bei der Hin-fahrt von Montag bis Freitag ist die Rückfahrt frühestens am Samstag derselben Woche möglich; bei der Hin-fahrt am Samstag oder Sonntag ist die Rückfahrt bereits am selben Tag möglich. Wenn bis zu 5 Erwachsene und 1 Kind gemeinsam hin- und zurückfahren, muß nur die 1. Person (ein Erwachsener) den vollen Sparpreis/ICE-Sparpreis zahlen...“ Weil auch das immer noch zu durchsichtig ist folgen die Fahrpreise längerstens bis zu dem auf den ersten Geltungstag folgenden Montag, 10 Uhr; zur Rück-fahrt frühestens am dem auf den ersten Geltungstag folgenden Samstag ab 3 Uhr. Ist der erste Geltungstag ein Samstag oder Sonntag, gelten die Fahrpreise bereits ab diesem Tag auch zur Rück-fahrt.“

... (sch)eiß

Bisher haben wir geradezu gedankenlos unseren Strom bezahlt. Im Zuge der europäischen Liberalisierung der Strommärkte hat dies ein Ende. Demnachst sollen wir auch hier zwischen verschiedenen Anbietern wählen. Dann stellt sich auch hier die Frage: Wann koche ich mit welchem Anbieter meinen Kaffee am günstigsten? Wir freuen uns schon.

... wir



Metall-Abschluss - Fortsetzung der Bescheidenheit



Über eine Million Metaller haben sich bundesweit bis zum Tarifaabschluss in Baden-Württemberg an Warnstreiks beteiligt

„Um 32,1 Prozent ist die Produktivität in der Metallwirtschaft von 1993 bis 1997 gestiegen (...), die Löhne stiegen nur um 13,4 Prozent. Verteilungsentwurf (...) wäre ein Lohnanstieg von 36,6 Prozent gewesen.“ (IGM-Mitglieder-Magazin 5/98), 1998 stieg die Produktivität nochmal um 7,3 Prozent. Seit 1993 wurden in der Metallindustrie 640.000 Arbeitsplätze vernichtet. 55 Milliarden DM Gewinn hat diese Entwicklung den Metallbossen allein im Jahr 1998 gebracht.

Ussel Beck, IGM-Mitglied, Köln

Gemessen an den explodierenden Gewinnen, der Reallohnverluste der letzten Jahre, der enorm gestiegenen Produktivität, der Forderungen aus den Betrieben und der vorhandenen Kampfbereitschaft ist der Abschluß ein erneuter Ausverkauf durch die IGM-Führung. Die markigen Sprüche vom Ende der Bescheidenheit dienen nur dazu die Basis der Bereitschaft zum Kampf vorzuzugeln. Nachdem bereits mit der offiziellen Forderung von 6,5 Prozent weit höhere Forderungen aus den Betrieben heruntergeschraubt wurden, wurde bewußt auf einen Streik für ein besseres Ergebnis verzichtet. Nach dem Abschluß versucht die IGM-

Führung die Tarifierhöhung schon zu reden. Das Gesamtvolumen des Abschlusses wird für 1999 mit 4,2 Prozent angegeben. Dabei läßt sie die verlängerte Laufzeit von 14 Monaten bewußt unberücksichtigt. Die Einmalzahlungen gehen nicht in das Grundgehalt ein. Das heißt, die Berechnungsbasis für Urlaub-, Weihnachtsgeld, Zuschläge und die nächste Lohnhöhung erhöht sich erst ab März und nur um 3,2 Prozent. Dazu kommt, daß die Einmalzahlung flexibel in der Zeit vom 1. April bis zum 31. Januar 2000 ausbezahlt werden kann. Die Unternehmen werden natürlich versuchen sie so spät wie möglich auszubezahlen bzw. sie bei Einbruch der Rezession überhaupt nicht mehr zu bezahlen.

Etikettenschwindel

Die IGM prahlt damit, daß die Einmalzahlung nicht ertragsabhängig ist und für alle Beschäftigten gilt. Laut einer Meldung der Deutschen Pressagentur vom 18. Februar wurde aber „für Betriebe mit existentiellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Möglichkeit geschaffen, zu schaffen.“ Die IGM schweigt sich darüber in ihren Tarifformationen aus. Daß die Kampfkraft vorhan-

den war, die 6,5 Prozent voll durchzusetzen, hat die Beteiligung an Warnstreiks gezeigt.

Kampfkraft nicht genutzt

Bereits 2 Wochen vor Ablauf der Friedenspflicht gab es spontane Warnstreiks von 20.000 Metallern in Stuttgart. Insgesamt haben laut Angaben der IGM über 1 Million an Warnstreiks teilgenommen, d.h. 1/3 aller Industriearbeiter der Metallbranche. Alle Bezirke hatten beim IGM-Hauptvorstand Urabstimmung beantragt. Dooch Zwickel und Co.

Opposition aufbauen

Kritische MetallerInnen sollten aus der Tarifrunde 1999 die Schlußfolgerung ziehen, eine organisierte Opposition in der IGM aufzubauen. Dies ist notwendig als bewußte Gegenstrategie gegen den weiteren ideologischen und materiellen Ausverkauf durch die IGM-Spitze. Allein der Tarifvertrag enthält neben den von der IGM zugestandenen Sonderegungen einen weiteren Sprengsatz. Die IGM hat sich verpflichtet, „während der Laufzeit dieses Tarifvertrags die Arbeiten am gemeinsamen Entgelt-Rahmentarifvertrag zum Abschluß zu bringen. Wenn die Führung hier über die Köpfe der Mitgliedschaft hinweg verhandelt, wird es für die Basis dabei wieder Ver-schlechterungen geben. Das muß verhindert werden. Außerdem muß in der IGM und allen anderen Gewerkschaften der Kampf darum geführt werden aus den Bündnis-für-Arbeit-Verhandlungen auszustei-gen und für den vollen Einsatz der gewerkschaftlichen Kampfkraft zur Verteidigung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Wenn Zwickel sagt, daß Jugendlichen, die nicht bereit sind die angebotenen Lehrstellen anzunehmen, keine Sozialhilfe mehr bekommen sollen und dann noch den Satz hinterherschleibt, „der Staat hat kein Geld zu verschenken“, dann zeigt das, wie weit er schon auf der anderen Seite steht. Mit dieser Führung sind für die arbeitende Bevölkerung Niederlagen und Rückschritte vorprogrammiert. Es geht darum, von unten eine Alternative aufzubauen.

Stimmen zum Abschluss

„Während der Warnstreiks haben die Kolleginnen und Kollegen ihre Kampfbereitschaft eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Diese Kampfbereitschaft hatte genutzt werden müssen, um ein besseres Ergebnis zu erzielen. Wenn Kollegin Engelen-Keller sagt, „Wichtig ist vor allem, daß ein Streik abgewendet werden könnte“, dann bin ich anderer Meinung. Wichtig wäre es gewesen, die Reallohnverluste der letzten Jahre auszugleichen. Besonders ärgert mich die Zustimmung zur Einmalzahlung und die Rechen-tricks, die jetzt damit gemacht werden. In zukünftige Lohnrunden gehen die Einmalzahlungen nicht ein, da zählen nur die 3,2% Grundlohnenerhöhung. Mit diesem Kompromiß wird die Basis für zukünftige Lohn erhöhungen geschwächt.“

Georg Lohmeyer, IGM-Betriebsrat, SAV-Mitglied aus Aachen

Nach dem Abschluß in Baden Württemberg besteht die Gefahr, daß andere Bezirke abgehangen werden. Gerade hier in NRW gibt es verschiedene Arbeitgeberverbände, die bisher eine harte Linie gehalten haben. Gleichzeitung ist die Bezirksführung der IGM extrem kompromittiert. In vielen Betrieben hat sie in den letzten Jahren die Tarife gehöhrt und Lohnsenkungen unter das allgemeine Tarifniveau zugestimmt. Die Chance für einen bundesweit einheitlichen Kampf wurde veran.

Herbert Mai ohne Konsens-Partner

Im Gegensatz zur SAV hat ÖTV-Chef Herbert Mai nach der Wahl fleißig Illusionen in die neue Bundesregierung geschürt: „Daß die neue Regierung jetzt von Beginn an beim Bündnis für Arbeit so deutlich Frage zeigt, hat für uns mehr als symbolische Bedeutung. Wir verstehen ihr Ziel auch als bewußte Abkehr von einer Politik der Konfrontation hin zu einer konsensorientierten Gestaltung eines neuen Sozialstaatsprinzips ... Alles in allem sind jetzt die Weichen für einen neuen gesellschaftlichen Aufbruch gestellt ...“

ÖTV-Vorsitzender Herbert Mai im ÖTV-Magazin 11-12/

98. In der Tarifrunde hat das schon ganz anders „Über die leeren Kassen stöhnen Bund, und Kommunen schon Allerdings überrascht r Wucht, mit der die Kritik mal auf uns niedergel die Tarifpartner überh erste Mal am Verhand tisch Platz genommen So etwas hat es in der gehandelt nicht gegebte Änderungen von Lar anderen Sozialdienst sind konträrktiv unhe sind die anstehende Ta unnötig.“

Herbert Mai in einem View vom 22. Januar

Horrorkatalog im Krankenhäusern

Parallel zur Lohntarifrunde im öffentlichen Dienst gibt es für die Krankenhäuserbeschäftigten von den Arbeitgeber mit der Drohung des Austritts aus dem Arbeitgeberverband eingetordert Verhandlungen um den Manteltarifvertrag. Die Krankenhäuser haben einen 20 Punkte umfassenden Horrorkatalog vorgelegt. Unter anderem fordern sie:

- Arbeitszeitregelungen, die gegen das geltende Arbeitszeitgesetz verstößen
- Ermöglichung einer täglichen Arbeitszeit von 12, bei Schicht- und Nacharbeit sogar von 13 Stunden
- Wegfall von Überstundenzuschlägen
- Streichung des letzten Arbeitstages verkürzungsstages
- Abschaffung der Altersstufen, Bewährungs- und sonstiger Zeitaufträge
- Streichung bzw. Reduzierung von

keit zum öffentlichen Dienst ist ersatzlos zu streichen (Anpassung an die Tarifverträge Ost)

Streichung der Lohnfortzahlung für Angestellte über 6 Wochen hinaus

Krankenhäuser in wirtschaftlichen Schwierigkeiten sollen auch noch unter diesen schlechteren Tarife bezahlen dürfen

Für ArbeiterInnen soll es eine generelle Öffnungsklausel geben, um ihre Tarife auf das Niveau der Privatbetriebe zu drücken

Der Angriff auf die Krankenhäuserbeschäftigten ist ein Angriff auf alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst und anderswo. Und er ist ein Angriff auf die Patienten. Deshalb muß er von der gesamten ÖTV und allen DGB-Gewerkschaften durch Kampfmaßnahmen abgewehrt werden.

Das kosten die Arbeitgeberforderungen eine 29jähige ledige Krankenschwester nach Berechnungen der DAG (KVA) im Jahr:

Weihnachtsgeld	3.865,99 D
Urlaubsgeld	650,00 D
Wochenlohnzuschläge	2.400,00 D
Streichung 5,15-a-Tag	178,87 D
Verlust des Lebensaltersaufstiegs (mit 85,64)	1.106,80 D
Überstundenberechnung (bei nur 7,7 Std im Jahr)	223,61 D
Streichung des U-Aufschlags (27 Urlaubstage, nie krank)	326,02 D
Gesamteinbuße im Jahr	8.987,40 D

Die Tarifpolitik 1999 und die Bündnis-für-Arbeit-Politik zeigen erneut, daß die derzeitige Führung der Gewerkschaften nicht die Interessen der Mitgliedschaft vertritt. Es geht darum eine inhaltliche und personelle Alternative aufzubauen. In der ÖTV ist dafür ein Anfang gemacht. Seit Sommer 96 gibt es das „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV“. Hier haben sich kämpferische Kolleginnen, Vertrauensleute, Personal- und Betriebsräte der ÖTV zusammengeschlossen für den Aufbau einer innergewerkschaftlichen Opposition. Die Netzwerk-Kolleginnen haben sich von Anfang an aktiv in die diesjährige Tarifrunde eingeschaltet. Sie halten die off-

Die aktuelle Zeltung des Netzwerks und weitere Infos

Die diesjährige Tarifrunde des Netzwerks und weitere Infos

Naziterror in Guben

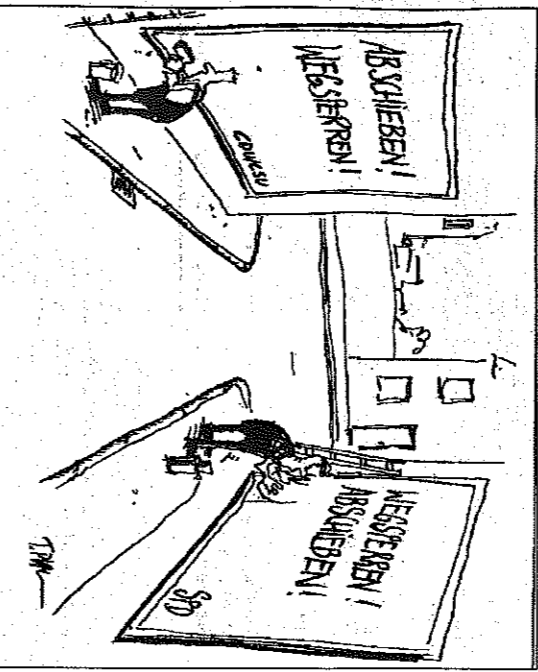
Zu Tode gehetzt

In der Nacht vom zwölften auf den dreizehnten Februar veranstalteten rechtstradikale Jugendliche in der brandenburgischen Stadt Guben eine Hetzjagd auf Asylsuchende. Eine Meute von mindestens fünfzehn Personen jagte dabei in kleineren Gruppen jeweils einen der Ausländer durch die nächtlichen Straßen. Einer der Verfolgten, Omar Ben Noui aus Algerien wurde so in die

Finge getrieben, daß er in seiner Todesangst in ein Haus flüchten wollte, um seine Verfolger abzuschütteln. Beim Eintreten der gläsernen Haustür riss er sich die Knieeschlagader auf und verblutete, bevor ein Notarzt zur Stelle war. Nach der Tat versuchten die Behörden zunächst, den Fall als Folge einer Kneipenstreitigkeit abzutun. Ein rechtstradikaler Hintergrund sei nicht

zu erkennen, hieß es in den ersten Stellungnahmen der Polizei. Bei den Ermittlungen stellte sich aber heraus, daß alle Verdächtigen dem rechten Spektrum angehören. Es gibt eine Reihe von Vorwürfen, die auf schwere Verfehlungen der Polizei im Vorfeld der Ereignisse hinweisen. So konnte keiner der Verantwortlichen im Polizeipräsidentum Cottbus die Frage beantworten, warum die Sondertruppe Mega (Mobile Einsatzgruppe gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit), von der acht Beamte nur 40 Kilometer von Guben entfernt Streife führen, nicht zu den Kräften gerufen worden ist. Stattdessen hatte die Gubener Polizei einen Begleiter des zu Tode gekehrten Omar Ben Noui in einer Gaststätte aufgefingern, in die er sich auf der Flucht vor seinen Verfolgern gerettet hatte. Die Nazis, die vor der Kneipe standen und grölhten wurden nicht behelligt. Er wurde stundenlang in Fesseln auf der Polizeiwache festgehalten. Weniger gründlich waren die

Polizisten, die den verblutenden Omar Ben Noui aufranken. Anstatt die Einsatzstelle der Feuerwehr zu benachrichtigen, die jedem Rettungswagen routinemäßig einen Notarzt hinterherschickt, gaben sie den Notruf an die Polizeiwache in Cottbus weiter. Die Sanitäter, die elf Minuten später am Tatort waren, riefen sofort einen Notarzt zu dem Fall, der weitere zwölf Minuten später nur noch den Tod des Algeriers feststellen konnte. Völlig überrascht kann die Stadt von dieser Ausländerjagd nicht gewesen sein. Inmehrin verbreiten Neonazis schon lange ungestört ihre Ideologie. Die JN, Jugendorganisation der NPD, wurde zum Beispiel, um einem Verbot zu entgehen, in den Verbänden für Körperkultur" umgewandelt. Sie halten regelmäßig gezielte Schulungen und Versammlungen ab und rekrutieren 12-13 jährige Jugendliche. Diese "politische Bildungsarbeit" findet in Jugendheimungen statt, die teilweise mit öffentlichen Gel-



Naziaufmarsch in Kiel

Eine Demonstration von 2500 Antifaschistinnen versuchte den Aufmarsch von knapp 1000 Nazis anlässlich der Ausstellung „Vernichtungskrieg und Verbrechen der deutschen Wehrmacht 1941-1944“ zu verhindern. Diese räumt 50 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges mit dem Bild der „sauberen Wehrmacht“ auf. Sie zeigt, daß die Wehrmacht an der Judenvernichtung teilgenommen hat. Die Nazis wurden von 1.600 Polizisten geschnürt. Mehrfach blockierten die Antifaschistinnen den Maarschweg der Nazis. Nur der Einsatz von Wasserwerfern durch die Polizei ermöglichte den Neonazis, einen Teil ihres Demonstrationsweges zu gehen. Sie benötigten trotzdem drei Stunden für die drei Kilometer lange Route. Es wurde kein einziger Nazi verhaftet, dafür 52 Antifaschistinnen. Häften zu der antifaschistischen Demonstration auch die Gewerkschaften aufgerufen und ihre Mitglieder mobilisiert, wate eine vollständige Verhinderung des Naziaufmarsches möglich gewesen. Ines, Kiel

Multimilliardär kauft Bundesliga Der reiche Onkel aus Amerika

In Österreich wurde Mitte Februar der „heimgekehrte“ Multimilliardär Frank Stronach von den Fußballvereinen zum neuen Präsidenten der österreichischen Bundesliga gewählt. Sein Konzept besteht darin, daß die Bundesligaverbandsvereine in der ersten und zweiten Liga eine fixe Summe erhalten und dafür sämtliche Übertragungsrechte an einen Sport- und Wettkanal abgeben, der zufälligerweise auch dem Australiener Stronach gehört. Dazu tritt er nebenbei als Sponsor etlicher Vereine auf.

fen und an den Vermarktungs- und Übertragungsrechten verdienen. Das Konzept wurde noch abgelehnt, aber es zeigte bereits die künftige Entwicklungsrichtung an. In den letzten Jahren hat der Trend zur gewinnbringenden Vermarktung des Fußballs und die Abhängigkeit der Vereine von ihren Geldgebern immer weiter zugenommen. Die sportlichen Aspekte stehen dabei schon lange hinter den wirtschaftlichen zurück. Vor gerade einmal rund 25 Jahren gab es die ersten Trikotsponsoren und heute sind die Spieler zu laufenden Reklametafeln umfunktioniert. Mittlerweile ist es nichts neues mehr, daß die Vereine jährlich ihre Kleidung ändern, damit sich die Fans für jede Meisterschaft neue Trikots kaufen müssen. Egal ob in Österreich, Deutschland oder sonstwo, überall wird den Fans immer mehr Geld mittels Eintrittskarten und Fansubehör aus den Taschen gezogen. Und zu guterletzt paßt diese Entwick-

lung zu erkennen, hieß es in den ersten Stellungnahmen der Polizei. Bei den Ermittlungen stellte sich aber heraus, daß alle Verdächtigen dem rechten Spektrum angehören. Es gibt eine Reihe von Vorwürfen, die auf schwere Verfehlungen der Polizei im Vorfeld der Ereignisse hinweisen. So konnte keiner der Verantwortlichen im Polizeipräsidentum Cottbus die Frage beantworten, warum die Sondertruppe Mega (Mobile Einsatzgruppe gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit), von der acht Beamte nur 40 Kilometer von Guben entfernt Streife führen, nicht zu den Kräften gerufen worden ist. Stattdessen hatte die Gubener Polizei einen Begleiter des zu Tode gekehrten Omar Ben Noui in einer Gaststätte aufgefingern, in die er sich auf der Flucht vor seinen Verfolgern gerettet hatte. Die Nazis, die vor der Kneipe standen und grölhten wurden nicht behelligt. Er wurde stundenlang in Fesseln auf der Polizeiwache festgehalten. Weniger gründlich waren die



Demonstration in Guben gegen rassistische Gewalt. Sie wendet sich auch gegen die Anti-Doppel-Paß-Kampagne der CDU um gegen diese geistige Brandstiftung zu protestieren.

Recht auf Bildung?

Interview mit Tinette, Schülerin, 18 Jahre
Voran: Tinette, Du gehst zur Schule und finanziert Dich selbst. Warum und wie machst Du das?
Ich habe vier kleinere Geschwister. Meine Mutter hat keine Ausbildung und verdient nicht sehr viel. Sie hat eh nur durch Glück überhaupt eine berufliche Arbeitsstelle gefunden. Mein Vater zahlt nicht den vollen Unterhalt, weil er selbst nicht genug verdient. Deshalb reicht das Geld so schon nicht für die Familie. Aus diesem Grund gehe ich nebenbei im Kino arbeiten, um meinen Lebensunterhalt zu finanzieren.

Praxis gar nicht bekomme. Außerdem dürfte ich dann nur noch 140 Mark dazuverdienen.
Wie lange arbeitest Du und wieviel verdienst Du?
Ich arbeite normalerweise so ca. 35 Stunden in der Woche. In der Stunde verdiene ich 11,50 brutto, von denen ca. zehn Prozent für die Rentenversicherung abgezogen werden.
Was bedeutet das für die Schule?
Manchmal kann ich nicht in den Nachmittagsunterricht gehen, weil die Filme früher anfangen. Oft bin ich nicht so fit, weil ich nachts und am Wochenende arbeite. Insgesamt bleibt wenig Zeit für die Schule zum Lernen. In der Schule bin ich schon 31 Stunden in der Woche. Da kann man sich ja ausrechnen, daß nicht so viel Zeit übrigbleibt. Ich habe mir schon öfters überlegt, ob zu Hause ausgezogen bin und sagt, daß erst in ein paar Jahren ein Wohnheitsrecht greift. Selbst wenn ich Sozialhilfe bekomme, würden sie das Unterhaltsgeld von meinem Vater abzählen, das ich in der

dem finanziert werden. Die Nazis selber sprechen von „national befreiten Zonen“, in denen ihre Strukturen unbehelligt von staatlicher Einflussnahme und linkem Widerstand sind und in die andere Jugendliche nicht mehr hingehen.
Omar war nicht das erste Opfer von Naziterror in Deutschland und wenn

Geld für Elite-Bildung

Wenn es in den letzten Jahren um Schul- oder Hochschulpolitik ging, dann ging es zugleich um Kurzschnitten: „Die Kassen sind leer“ ist das Totschlagargument schlechthin.
Holger Frauenrath, Aachen
Der Multimilliardär Hasso Plattner, Chef der boomenden Software-Firma SAP, stiftet 100 Millionen DM zur Gründung einer privaten Software-Universität des „Hasso-Plattner-Instituts“ (HPI). Das HPI soll in Potsdam jährlich 100 Studenten nach US-Vorbild zum Bachelor/Master ausbilden. Das Land Brandenburg stellt das Grundstück bereit, das 32 Millionen DM teure Gebäude wird zu 75 Prozent von der EU bezahlt. Plattner garantiert 5 Millionen DM Jahresaushalt für 20 Jahre, und darf dafür Studenten, Dozenten und Lehnhaltbe auswählen. SAP ist der viertgrößte Softwarehersteller der Welt. Die Unternehmenssoftware R/3 wird von

Konzernen wie der Deutschen Bank oder Coca-Cola für die Kontrolle aller betrieblichen Abläufe genutzt. Auch für Rationalisierungen und Privatisierungen im öffentlichen Dienst – beides groß in Mode – ist R/3 die Software der Wahl. SAP sucht händelnd nach qualifizierten Mitarbeitern. Aus dieser Sicht kann man Plattners Initiative verstehen.
Aber was ist mit der gesellschaftlichen Sicht? Was ist zum Beispiel mit der Ausbildung und Einstellung guter Lehrer in den Schulen?
Wenn Hasso Plattner selbst meint, daß er Geld übrig hat – schön! Aber wir alle sollten darüber entscheiden können, was wir zum größten gesellschaftlichen Nutzen damit tun. Und Plattner ist nicht der einzige Multimilliardär, dessen Geld man zur Finanzierung des Bildungswesens nutzen könnte. Geld ist genug da – es ist nur in den falschen Händen.

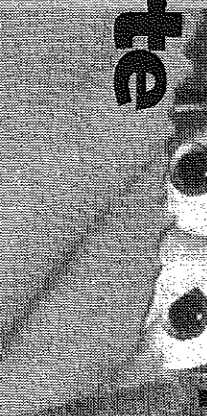
Kannst Du kein Geld vom Staat bekommen?
Das Schülerbafög haben sie inzwischen so sehr zusammengeschnürt, daß ich dafür nicht in Frage komme. Das Sozialamt akzeptiert nicht, daß ich von zu Hause ausgezogen bin und sagt, daß erst in ein paar Jahren ein Wohnheitsrecht greift. Selbst wenn ich Sozialhilfe bekomme, würden sie das Unterhaltsgeld von meinem Vater abzählen, das ich in der

der finanziert werden. Die Nazis selber sprechen von „national befreiten Zonen“, in denen ihre Strukturen unbehelligt von staatlicher Einflussnahme und linkem Widerstand sind und in die andere Jugendliche nicht mehr hingehen.
Omar war nicht das erste Opfer von Naziterror in Deutschland und wenn

Computeranimierte Ameisenrevolte

Kennst Du schon den Film, in dem Humphrey Bogart und Robert De Niro gemeinsam Gangster jagen und Brad Pitt sich in Marilyn Monroe verliebt? Gibt's nicht? Noch nicht!

Min, Das große Krabbein“ hat dieser kapitalistische Konzern aber einen Film geschaffen, der nicht nur vom technischen und künstlerischen Standpunkt, sondern auch von seiner Geschichte bemerkenswert ist. Denn in „Das große Krabbein“ erkennen die Masse der Arbeitenden und Ausgebeuteten – die Ameisen – ihre Macht. Sie stellen fest, daß sie auch ohne ihre Ausbeuter – die Grasshopper – leben können und daß diese nicht unschlagbar sind. Der Film beschreibt so die Überlegenheit des Kollektivs und der Solidarität über die



vernünftigen Mächtigen. Das große

Vor 25 Jahren hielt die kapitalistische Welt erschrocken den Atem inne: Eine sozialistische Revolution in Westeuropa! Das erschütterte die Weltöffentlichkeit. Arbeiter und Jugendliche aus der ganzen Welt kamen nach Portugal, wo sich das Volk am 25. April 1974 nach 48 Jahren brutaler Unterdrückung von der faschistischen Militärdiktatur befreit hatte.

„In den Cafes und auf der Straße diskutierten die Leute den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft. Die Macht lag zum Greifen nahe.“, berichtet heute ein deutscher Sozialist, der damals dabei gewesen ist. Jahrzehntlang hatten mutige Gewerkschafter und Kommunisten im Untergrund für diesen historischen Moment gearbeitet. Viele waren dabei umgekommen. Doch im entscheidenden Moment war die Führung der Arbeiterorganisationen bewußt zögerlich und vermied den Griff nach der Volksdemokratie.

Torge Löding, Lissabon

Das war der Faschismus in Portugal: Jeder zehnte Portugiese hatte unter dem Regime von Diktator Salazar und seinem Amtsnachfolger Caetano im Gefängnis gesessen. Folter stand auf der Tagesordnung. In den afrikanischen Kolonien unterhielt der faschistische „Estado Novo“ Konzentrationslager, neben afrikanischen Freiheitskämpfern wurden hier Aktivisten der portugiesischen Arbeiterbewegung eingekerkert. Wichtigstes Instrument des Regimes war die gefürchtete Geheimpolizei PIDE, von der Gestapo ausgebildet undrücktete sie jeden Widerstand im Keim und schoß noch wenige Tage vor der Revolution 1974 auf protestierende Arbeiter und Studenten.

Anfang der siebziger Jahre war Portugal das reichsärmste Land Europas. Rund 40 Prozent der Bevölkerung lebte auf dem Land und verdiente sich als landlose Tagelöhner. Kaum ein einfacher Portugiese konnte lesen und schreiben. Diktator Salazar sah Bildung als Gefahr für seine totalitäre Herrschaft an. Eine wichtige Stütze des Systems waren die Grundgrundbesitzer: Nur 1,9 Prozent der Grundeigentümer verfügten 1970 über 45,8 Prozent des landwirtschaftlichen Einkommens: Die Arbeiterklasse war zu Beginn der siebziger Jahre noch klein. In den wenigen industriellen Zentren hatten ausländische Kapitalisten das Sagen. Deutsche Unternehmen wie VW, Grundig, Siemens, Hoechst machten gute Profite auf Kosten der rechtlos portugiesischen Arbeiter. Die Gewerkschaften waren bereits 1933, als die Faschisten in der ganzen Welt sich mit der Machttübergabe an Hitler in Deutschland im Aufwind fühlten, zu faschistischen Scheingewerkschaften umgewandelt worden. Auch vor der „Nelkenrevolution“ 1974 gab es immer wieder Kämpfe von Arbeitern und Jugendlichen gegen die Diktatur. Von der Studentenbewegung in Frankreich inspiriert, besetzten Studenten 1968 ihre Fakultäten und forderten demokratische Rechte. Die Beschäftigten der Fluggesellschaft TAP streikten 1973 für bessere Arbeitsbedingungen und verteidigten sich mit Eisenstangen gegen die Polizei, die es trotz Waffeneinsatz tagelang nicht schaffte, den Streik abzubauen.



Kolonialkrieg

Doch das Regime hatte nicht nur gegen die erstarkende Arbeiterklasse im eigenen Land zu kämpfen: Salazar träumte bis zu seinem Tod 1972 vom alten portugiesischen Weltreich. Noch immer hielt Portugal Kolonien in Afrika und in Asien besetzt. Doch besonders in Angola, Mozambique und Guinea-Bissau wuchs seit Ende der sechziger Jahre eine starke Freiheitsbewegung heran, die Sklaverei und Unterdrückung leid war. Von sozialistischen Ideen, und durch Che Guevara inspiriert, nahmen sie schließlich Waffen zur Hand und versuchten, die unerwünschten Kolonialherren zu vertreiben. Für Portugal war dieser Krieg nicht zu gewinnen. Am Ende verschlang das Militärbudget 40 Prozent des Haushaltes. Es gab kaum eine portugiesische Familie, die 1974

nicht ein Familienmitglied in dem Kolonialkrieg verloren hätte. Gemäßigte Mitglieder der faschistischen Partei in Portugal und führende Militärs versuchten das Regime zu überzeugen, daß der Krieg aussichtslos sei und man den Kolonien doch Autonomiestatus einräumen sollte. Doch Salazar und Caetano wollten das nicht einsehen. Aber die Wut unter den einfachen Soldaten, die nicht mehr einsahen, ihr Leben in Afrika zu verlieren, wuchs und so blieb auch den führenden Militärs keine Wahl: Das verrottete Regime des „Estado Novo“ mußte beseitigt werden. Die Offiziere des MFA („Bewegung der Streitkräfte“) hatten oppositionelle Journalisten kontaktiert, die dafür sorgen sollten, daß das Radio als Signalgeber für den geplanten Staatsstreich funktionieren könne. In den frühen Morgenstunden des 25. April 1974 spielten sie indizierte Volkslieder. Das hieß soviel wie: „Heute stürzen wir das Regime!“, die ersten Militäreinheiten wurden in den Kasernen von dem Marsch auf den Regierungssitz informiert. Um 5 Uhr früh schließlich wurde „Grandola, Vila Morena“, das verbotene Lied des antifaschistischen Liedermachers José Afonso gespielt. Das war das Zeichen zum Los-

schlagen: Streitkräfte umstellten den Präsidentenpalast und entmachten das Regime im Schlaf. Verwirrt versuchten PIDE-Agenten den Umsturz zu verhindern, erfolglos. Der Putschführer General António Spínola ist allerdings weder Revolutionär noch bürgerlicher Demokrat, er ist ein Reaktionsär, der sich seine braunen Sporen im spanischen Bürgerkrieg auf Francos Seite und bei Nazi-Truppen an der Ostfront im Zweiten Weltkrieg verdient hat. Spínola und seine Offiziere wollen den Putsch schnell über die Bühne bringen und das Salazar/Caetano-Regime durch eine moderatere Militärunterstützung ersetzen. Deshalb fordern sie das Volk in ihren ersten Radioansprachen auf, ruhig zu bleiben und die Häuser nicht zu verlassen, während die



Dieses Foto aus der Zeit der Revolution diente als Motiv für eine Postkarte. „Befreit Portugal“ steht in vier Sprachen auf der Rückseite. So wurde die Botschaft der Revolution in die ganze Welt getragen.

1974: Sozialistische Revolution

Vor 25 Jahren wurde faschistische Militärdiktatur beendet

tausende von Arbeitern, die sich der wenigen Monate zuvor mit Hilfe der SPD im deutschen Exil gegründeten Sozialistischen Partei (PS) zuwenden. PS-Vorsitzender und Helmut-Schmid-Freund Mário Soares kehrt aus dem Exil zurück und begrüßt die begeistertsten Massen mit linker radikaler Rhetorik. Die 1.-Mai-Demonstrationen 1974 wird zur einer machtvollen Manifestation der Arbeiterbewegung: In Lissabon gehen 1 Millionen Menschen auf die Straße. Das sind mehr Demonstrationen, als die Stadt Einwohner hat. Auf den mitgeführten Transparenten fordern sie: „Brot, Frieden und Sozialismus“. Außerdem hat die MFA bildet sich ein linker Flügel besonders die einfachen Soldaten beginnen zu erkennen, daß sie unter Demokratie etwas anderes verstehen, als die Offiziere um Spínola

Wichtigste Bastion der Linken in der Armee wird die Militärpolizei COPCON. Arbeiter und Jugendliche handeln jetzt spontan: Sie organisieren sich in Stadteilkomitees. In den vernachlässigten Ghettos am Rande der Stadt reichen sich weiße Kollegen und zwarwaderer aus Afrika die Hände und setzen um, was Not tut. Sie errichten Schulen und Kulturzentren, sorgen für Elektrifizierung und Anschluss ans Kanalisationsnetz. Die Häuser der faschistischen Scheingewerkschaft werden besetzt und der unabhängige Gewerkschaftsverband INTERSINDICAL/CGTP gegründet. Auch Betriebe werden besetzt und die alten Direktoren als Verwalter und Kontrollorgane. Überwiegend Kommunisten mit dabei. Aber was fehlt die konsequente Verbindung und Koordination all dieser Räte auf nationaler Ebene. Die PCR-Führung scheint diese Lektion aus der ersten Revolution vergessen zu haben.

Glossar:

MFA – Bewegung der Streitkräfte: Organisation der revolutionären Militärs, die 1974 mit ihrem Putsch gegen das Faschismus die revolutionäre Bewegung auslösten. Bis zu den Wahlen 1976 bildete die MFA eine Übergangsregierung.

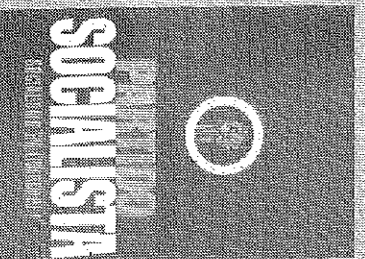
PCR – Kommunistische Partei Portugals: 1974 gegründet. Die PCR war führende Kraft im antifaschistischen Widerstand gegen das Militärregime von 1926 bis 1974.

PS – Sozialistische Partei: 1974 mit Hilfe der SPD 1974 in Bad Münstereifel im deutschen Exil wiedergegründet. **PSD (PPD)** – Sozialdemokraten: Entgegen ihrem Namen eine rechtsliberale bürgerliche Partei. 1974 mit dem Geld von Kapitalisten gegründet. Viele Gründungsmitglieder kamen vom moderaten Flügel der faschistischen Einheitspartei. Von 1987 bis 1996 regierte die PSD unter Ministerpräsident Cavaco Silva mit absoluter Mehrheit.

Sozialistische Revolution

MFA eine Übergangsregierung unter Spínola bildet. Doch die Nachricht vom Staatsstreich schlägt ein wie eine Bombe: Niemand bleibt an diesem Morgen ruhig zu Hause. Zuerst ist es Neugier, welche die Leute auf der Straße treibt. Aber es ist auch die Angst vor der Machttübernahme eines Regimes, das vielleicht noch rechtsextremer sein könnte, als das aktuelle.

Arbeiter und Jugendliche wittern ihre Chance, das Schicksal nun in die eigenen Hände nehmen zu können. Sie verdrängen sich mit den einfachen Soldaten auf den Straßen Lissabons, stecken ihnen als Willkommensgruß Nelken in die Gehäute (deshalb heißt die Revolution auch heute noch „Nelkenrevolution“). Der Putsch bekommt eine neue Dynamik: Er ist Auslöser für den Beginn einer sozialistischen Revolution.



SOZIALISTEN

Sche Westeuropa Portugal die tatur gestürzt

Günstigeren zu verfügen und die Länderen...
...der Arbeiterklasse jedoch schon bald seine In-
...teressen und die seiner Verbündeten - der libera-
...len Bourgeoisie - in Gefahr. So versucht er den
...revolutionären Prozeß abzuwürgen. Doch diese
...Versuche scheitern am spontanen Widerstand
...der Massen. Die Peitsche der Konterrevolution
...treibt die Revolution zunächst nur vorwärts,
...weil sie die Massen mobilisiert anstatt sie einzu-
...schließen. Seinen ersten Versuch startet Spino-
...la im Juli 1974. Sein Ministerpräsident Carlos
...Palma fordert vom provisorischen Staatsrat grö-
...konsolidieren will er zudem die versprochenen
...Wahlen zur verfassunggebenden Versamm-
...lung auf 1976 verschieben. Palmas Vorstoß
...scheitert, er muß unter dem Druck der Massen
...zurücktreten und einer linken Regierung Platz
...machen. Spino-la hingegen bleibt im Amt. Er
...versucht der Revolution nun den Wind aus den
...Segeln zu nehmen, indem er Minister von PCP
...und PS in seine Übergangsregierung aufnimmt.
...PS-Vorsitzender Soares folgt damit dem Rat sei-
...nes Freundes und BRD-Bundeskanzlers Helmut
...Schmidt, sich an so einer Konstellation zu betei-
...ligen. Spino-la gelingt es, PCP und PS an der
...Verabschiedung von arbeiterfeindlichen Geset-
...zen am 28. August 1974 zu beteiligen. Politis-
...che Streiks und Betriebsbesetzungen werden
...verboten. Für Feuerwehr, Polizei und Wehr-
...pflichtige gilt fortan „generelles Verbot von
...Streik und Befehlsverweigerung. Weiterhin er-
...laubt das Gesetz „Notmaßnahmen“ wie Militär-
...einsatz gegen Streiks. Damit verzichteten PCP
...und PS auf eine sozialistische Politik, die be-
...deutet hätte, sämtliche Konzesse - auch die aus-
...ländischen - entschädigungslos zu vergesell-
...schaften und sich auf dem Land durch die Ent-
...eignung des Großgrundbesitzes und die Unter-

...stützung von Land-Kooperativen einen festen
...Rückhalt zu verschaffen. Doch nur für die
...Alentejo-Region gab es eine Agrarreform, die
...zudem von der PS immer in Frage gestellt wur-
...de und 1977 schließlich größtenteils zurückge-
...nommen wurde. Die Kleinbauern im Norden
...des Landes gehen gänzlich leer aus, hier hatte
...die Reaktion dann leichtes Spiel Unterstützung
...zu gewinnen. Spino-la schaffte es also, die Füh-
...rungen von PCP und PS in die Regierung zu
...ziehen und damit der Bewegung politisch die
...Orientierung zu nehmen. Im September 1974
...schließlich steht der General seine Zeit gekom-
...men. Er benutzt seine Stellung als Präsident, um
...die Wahlen zu verschieben. Gleichzeitig startet
...er eine Kampagne mit dem Ziel einer Volksab-
...stimmung, in der er als „Held der Revolution“
...in seinem Amt bestätigt werden soll. Über
...Nacht läßt er in Lissabon und in Porto
...zweiten Großstadt des Landes - und weiteren
...Ortschaften Plakate aufhängen, auf denen er an
...die „schweigende Mehrheit“ appelliert und für
...eine Demonstration am 30. September in Lissa-
...bon aufruft. Alle rechthöflichen Kräfte will er dort
...versammeln, Lastwagenkonvois werden organi-
...siert. Gerüche machen die Runde, wonach
...Waffen in die Hauptstadt geschmuggelt würden.
...um die Konterrevolution zu bewahren. Arbeiter
...und Jugendlichen erkennen die Gefahr. In den
...frühen Morgenstunden organisieren sie auf al-
...len Zufahrtsstraßen nach Lissabon spontane
...„Picknicks“ und errichten Barrikaden. Soldaten
...helfen dabei, alle Autos zu kontrollieren und
...nach Waffen zu durchsuchen. Spino-la muß dar-
...aufhin einen Rückzieher machen, er erkennt,
...daß er für seinen Plan keine wirkliche Basis hat
...und bläst die Demonstration ab. Selbst die
...MFA-beherrschte Regierung wird unter dem

Arbeiter und Jugendliche wittern ihre Chance, das Schicksal nun in die eigenen Hände nehmen zu können. Sie verbrüderm sich mit den einfachen Soldaten auf den Straßen Lissabons, stecken ihnen als Willkommensgruß Nelken in die Gewehrhäufe

...che Niederlagen einstecken müssen. Der revo-
...lutionäre Prozeß geriet nun allerdings in eine
...Sackgasse. Die Aktivitäten der revolutionären
...Arbeiter lassen nach, sie sind müde von den
...langen Monaten des Kampfes. Viele wenden
...sich enttäuscht von der PCP ab. Im Norden des
...Landes organisiert die Reaktion Überfälle auf
...PCP-Büros. Die PS gesellt sich in den Block der
...„moderaten Kräfte“ um führende Militärs und
...die bürgerlichen Parteien. Auf linker Seite ge-
...ben PCP und die Militärpolizei COPCON den
...Ton an. Schritt für Schritt wird der linke Block
...zurückgedrängt.



Niederlage

Ein Wendepunkt ist der Kampf um das von
...Arbeitern und linken Journalisten besetzte Ra-
...dio Renascença. Eigentümer des Senders war
...die katholische Kirche gewesen, nach der Be-
...setzung fungierte er als „Stimme der Arbeiter
...und Bauern“. Am 10. November 1975 wagt der
...MFA-Statrat einen Schlag gegen das Radio,
...die katholische Kirche hatte bereits seit Mona-
...ten in diese Richtung gewirkt. In den frühen
...Morgenstunden entsendet sie eine Einheit Fall-
...schirmspringer, um die Sendeanlagen zu zerstö-
...ren. Diesmal geht es der Linken nicht mehr,
...genügend Unterstützung zu organisieren. Die
...Soldaten bahnen sich ihren Weg durch eine
...handvoll Demonstranten und schalten die
...„Stimme der Revolution“ ab. Wenig später wird
...der neu gewählte Staatschef Mário Soares den
...Sendern an die katholische Kirche zurückgeben.
...Noch immer befinden sich viele Radios in den
...Händen der Beschäftigten. Um diese zu kontrol-
...lieren, greift das MFA zum Mittel der Nationali-
...sierung. Dieses Mal aber gegen das Interesse

LISSABON, 16. April (Reuter/dtd).
Die Verstaatlichung weiterer Schlüssel-
...Industrien beschloß die portugiesische
...Regierung am Dienstagabend. Schlüsselsel-
...berlet werden 14 Elektrizitätsgesell-
...schaften, einige große Öl- und Stahlun-
...ternehmen, die Eisenbahn und die Luft-
...verkehrsgesellschaft TAP. Im März
...wurde bereits die meiste Bank und
...Versicherungsgesellschaften
...verstaatlicht.
Die Maßnahmen zeigen unwiderruf-
...lich den Kurs auf, den nach
...Vorstellungen die Revolution nehmen
...soll, erklärte Ministerpräsident Vasco
...Goncalves. Wir wollen die Demokratie
...stärken und nach einer Übergangsperi-
...ode den Sozialismus erreichen, der un-
...ser Endziel ist.“
Industrieminister Jose Cravinho kündi-
...gte für einen späteren Zeitpunkt die
...Verstaatlichung eines der größten
...Stahlunternehmen Portugals an. Auch
...die Petrochemie, Pharmazentrale
...Werte sowie Zement-, Salz-, Kunststoffs-
...ger-, Zellulose- und Schwermaschinen-
...hersteller sollen unter staatliche Kon-
...trolle kommen.



Banken besetzt

Als Reaktion auf den Versuch der Kapital-
...flucht besetzen Bankgastelle nun ihre Bank-
...häuser und verlangen deren Nationalisierung.
...Die MFA fügt sich diesem Druck zeitweilig und
...verständnisvoll kurz darauf Banken und Versiche-
...rungsgesellschaften. Im April werden auch 14
...Elektrizitätsgesellschaften, einige große Öl- und
...Stahlunternehmen, die Eisenbahn und die Luft-
...verkehrsgesellschaft verstaatlicht. Im „heißen
...Sommer“ 1975 hatte die Rechte also empfindli-



Portugal heute

Seit gut drei Jahren regiert die PS nun erneut.
...Viele Arbeiter und Jugendliche hatten gehofft,
...jetzt ein Stück soziale Gerechtigkeit zurückzubek-
...kommen. Doch ganz im Gegenteil: Die PS be-
...treibt neoliberale Politik nach dem Vorbild von
...Tony Blairs New Labour. Die PS will die Arbeits-
...gesetzgebung, die zum großen Teil noch aus der
...revolutionären Periode stammt, reformieren. Im
...Klartext heißt das: Die letzten sozialen Errungen-
...schaften sollen abgeschafft werden, prekären Ar-
...beitsverhältnissen dafür Tür und Tor geöffnet
...werden.

Seit 1926 hatten die einheimischen und auslän-
...dischen Unternehmer sowie sämtliche Diktatur-
...sche Politiker Europas die faschistische Diktatur
...in Portugal unterstützt. Es waren Portugals Ar-
...beiter und Bauern, die mit der Hilfe der Frei-
...heitskämpfer in den afrikanischen Kolonien die
...scheinbar übermächtigen Militärs stützten.
...Ohne den Kampf der Massen gäbe es heute
...nicht einmal grundlegende demokratische
...Rechte in Portugal. Doch um die Revolution zu
...vollenden und eine Arbeiterdemokratie aufzu-
...bauen, braucht die Arbeiterklasse eine revo-
...lutionäre Führung. Heute steht Portugal wieder
...am Rande einer Wirtschaftskrise und vor stei-
...gender Armut. Die PS hatte sich bereits im revo-
...lutionären Prozeß 1974/75 als untaugliches In-
...strument für die Arbeiter und Jugendlichen her-
...ausgestellt. Die aktuelle Politik der PS-Regie-
...rung macht klar: Mit Arbeiterinteressen hat
...diese Partei nichts zu tun. Aber auch die PCP-
...Führung hat den revolutionären Prozeß von
...1974 nicht mit dem Ziel einer sozialistischen
...Gesellschaft angeführt und so in eine Sackgasse
...geleitet. In der Industriearbeiterklasse und der
...Landbevölkerung des Alentejo gelang es der
...PCP dennoch bis heute, eine breite Unterstüt-
...zung zu bewahren. Aber die Partei steckt in
...einer Krise. Während neue Schichten von Ar-
...beiter und Jugendlichen die Bühne des Klassen-
...kampfes bestiegen, bröckelt die Unterstützung
...für die Kommunisten. Denn auch heute gelingt
...es ihr nicht, die Bewegung mit einer wirkung-
...vollen Strategie weiterzuentwickeln. In vielen
...Städträten unterstützen PCP-Abgeordnete nun
...Privatisierungsvorhaben. Auch in Portugal ist
...die Zeit reif für den Aufbau einer neuen Arbei-
...terpartei, die ein sozialistisches Programm zur
...Mobilisierung der Massen im Kampf gegen
...neoliberalen Politik vertritt.

Wie wir die Macht der Multis brechen können

Internationaler Kampf gegen das globale Kapital

In jedem Betrieb läuft die gleiche Platte. Überall werden wir mit dem beschallt, was die Kapitalisten unter Globalisierung verstehen: Auf der Flucht vor hohen Löhnen und teuren Sozialstandards jagen multinationale Konzerne um den Erdball, errichten über Grenzen hinweg Produktionsstätten ab, immer auf der Suche nach dem günstigsten Standort.

Aron Amin, Mitglied im Vorstand des CWI

In der Tat haben Kapitalexpporte in den letzten zwanzig Jahren drastisch zugenommen. Der Umfang der ausländischen Direktinvestitionen hat sich in den achtziger Jahren vervierfacht und schwoll nach dem Zusammenbruch des Ostblocks in den neunziger Jahren auf zwei Bil-

Der Gipfel von Davos fand dieses Mal unter dem Motto

statt "Managing the Impact of Globalization" (das "Management" der Folgen der Globalisierung). Wie in den letzten Jahren waren wieder über tausend Großunternehmen und vierzig Staats- und Regierungschefs zusammengekommen. Der Gipfel kam zum Schluss, daß es sich beim Management heute um Krisenmanagement handelt. Im Vordergrund stand die Angst, daß die Globalisierung die aktuellen ökonomischen Krisenentwicklungen noch verschärfen wird. Der Chefökonom der Deutschen Bank in Japan, Kenneth Courris, fürchtet, wie er in Davos erklärte, für die Weltwirtschaft eine "Krise", "so schlimm wie die große Depression in den dreißiger Jahren". Die Steigerung der weltweiten Arbeitslosigkeit und die In-

geschenke und Subventionen finden global statt.

Ob bei den Niederlassungen von ABB in Deutschland oder bei VW-Skoda in Tschechien - um Rationalisierungen und Lohnsenkungen durchzuboxen, drohen die Konzernchefs mit der Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland. Aber die gleichen Konzerne bauen nicht nur bei uns, sondern auch im Ausland Arbeitsplätze ab. Zum Beispiel erhielten 2.800 Ford-Beschäftigte in Sao Paulo, Brasilien, zum jüngsten Weihnachtstag das Kündigungs-

Kampfprogramm

Am 10. Februar legten in Berlin-Spandau 4500 Siemens-Beschäftigte die Arbeit nieder, um gegen den geplanten Abbau von weltweit 60.000 Ar-

meinsames Vorgehen bieten.

Internationalisierung der Kämpfe

In den letzten Jahren gab es verstärkte Anstrengungen von Arbeitern und Arbeitslosen, auf internationaler Ebene gegenwehr zu organisieren. Im März 1997 unterstützten Beschäftigte von Renault in Frankreich, Spanien und Slowenien den Kampf ihrer Kollegen im belgischen Vilvoorde gegen die Schließung des dortigen Werkes. Zur europaweiten Demonstration gegen den EU-Gipfel in Amsterdam kamen im Juni 1997 50.000 TeilnehmerInnen. Im November letzten Jahres legten Bahnbeschäftigte aus Frankreich und Belgien die Arbeit nieder, um gegen die Deregulierung des Bahnverkehrs zu protestieren. Die GdED (deutsche Eisenbahngewerkschaft) unterstützte diesen Kampfschritt jedoch nicht aktiv, sondern beschränkte sich darauf, ein an die Regierung gerichtetes Protestschreiben zu verfassen.

Ob Liverpool oder Espbjerg, ob Renault oder europäischer Bahnverkehr - die Gewerkschaftsspitze nutzt ihre Organisationen nicht, um wirksame grenzübergreifende Gegenwehr zu organisieren. Der europäische Gewerkschaftsbund ist nicht mehr als ein Papierfänger. Darum führt am Aufbau einer organisierten Opposition und am Kampf für eine Demokratisierung der Gewerkschaften kein Weg vorbei. Darum müssen aber auch heute schon von unten her Initiativen ergriffen werden, AktivistInnen von multinationalen Konzernen zusammenzubringen, um auf internationaler Ebene eine Vernetzung zu erreichen.

Die ersten Anfänge von europäischen Streikaktionen in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre markieren eine neue Qualität im Klassenkampf. Der Kampf auf der betrieblichen Ebene muß allerdings auf der politischen Ebene weitergeführt werden. Von besonderer Bedeutung sind die Diskussionen unter AktivistInnen über die Schaffung einer eigenen politischen Interessenvertretung und gegen Privatisierungsmassnahmen grenzüberschreitend aktiv wurden, wie die Liverpooler Hafentarbeiter 1996/97 oder die Busfahrer im dänischen Esbjerg 1995, trug der Gewerkschaftsapparat nichts zu einem entscheidenden Kampf bei. Letztendlich blieb der Widerstand jedesmal isoliert.

Um den bei Siemens geplanten massenhaften Arbeitsplatzabbau zu verhindern, müssen sofort Kampfmaßnahmen eingeleitet werden. Nötig sind koordinierte Protestaktionen, Demonstrationen und Streiks. Eine internationale Konferenz von demokratisch gewählten VertreterInnen aller Werke und Standorte ist das Gebot der Stunde. Diese Konferenz hätte die Aufgabe, gemeinsame Forderungen und ein Aktionsprogramm für einen gemeinsamen Kampf aufzustellen. Zentral wären Forderungen nach der Öffnung aller Gewerkschaftsämter und nach der Überführung aller Werke in öffentliche Eigentum, die vor der Schließung stehen. Darüber hinaus könnten Forderungen nach gleichen Mindestbedingungen bei Arbeitsrechten und Gehältern von Siemens-Beschäftigten bei Arbeitsrechten und Gehäl-



Für den 29. Mai 1999 ruft das Netzwerk "Europäische Märsche" zu einer internationalen Großdemonstration auf.

Europäische Märsche - wohin?

Die "Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung, Rassismus und Ausgrenzung" haben sich seit der europaweiten Demonstration im Juni 1997 in Amsterdam zu einem Netzwerk von verschiedenen Erwerbslosen-Gruppen, GewerkschaftlerInnen und sozialen Bewegungen entwickelt.

Das "Komitee für eine Arbeiternationale" und seine europäischen Mitgliedsparteien und -organisationen haben sich von Beginn an aktiv an den Aktivitäten der Europäischen Märsche beteiligt. Im Januar fand eine europaweite Konferenz statt, an der über 600 AktivistInnen aus ganz West- und Südeuropa teilgenommen haben. Diese Konferenz veranschaulichte das Potential, das für die Märsche besteht, sie wirft aber auch Fragen der weiteren Arbeit und der politischen Programmatik auf.

Auch wenn die Märsche viele wichtige Forderungen wie Arbeitszeitverkürzung ohne Lohn- und Kaufkraftverlust oder die Schaffung neuer, sozial und ökologisch nützlicher, tariflich gesicherter und einlohnter Arbeitsplätze aufstellen, so stellt sich die Frage, wie die Durchsetzbarkeit solcher Forderungen erreicht werden soll. Ein großes Defizit der Europäischen Märsche ist, daß sie keine eindeutige Haltung gegenüber den sozialdemokratischen geführten Regierungen in Europa einnimmt. Anstatt darauf hinzuweisen, daß diese beikämpft werden müssen, da sie ausschließlich Unternehmensinteressen vertreten, wird von "linken Regierungen" gesprochen und wird gefordert, daß die Regierungen endlich die sozialen Bewegungen anhören müssen.

Die Märsche äußern keine deutliche Kritik am Kurs der europäischen Gewerkschaftsführungen. Stattdessen wird die eigene Programmatik begrenzt, um potentiellen Bündnispartnern in den Führungen der Gewerkschaften nicht auf die Füße zu treten. So sind die



Die Kämpfe werden international: Schwedische Gewerkschafter demonstrieren in Solidarität mit Liverpooler Dockern

tionen US-Dollar an. Die Handelsorganisation der Vereinten Nationen (Unctad) führt 40.000 multinationale Konzerne auf, die in mehr als drei Ländern Betriebsstätten unterhalten. Heute bestreiten die 500 größten multinationalen Konzerne drei Viertel des weltweiten Warenhandels. Seit den siebziger Jahren stieg der Umsatz dieser Konzerne um das siebenfache (William Greider, "Endstation Globalisierung").

In noch größerem Maße als die Produktion ist aber der Aktien- und Devisenhandel globalisiert. Die Finanzmärkte wurden liberalisiert. Kapitalverkehrsrollen abgeschafft und die Spekulation in schwindelerregende Höhen getrieben. Der Finanzsektor blühte sich allerdings gerade deshalb in diesem Maße auf, weil das Kapital im Zuge des kapitalistischen Niedergangs im produktiven Bereich immer weniger profitable Anlagemöglichkeiten findet.

Weltwirtschaftskrise

Die Globalisierung schleift mehr und mehr Teile des Globus von Produktion und Handel aus. Die führenden Industriestaaten konnten ihren Anteil am weltweiten Export in den achtziger Jahren von 63 auf 72 Prozent steigern. In den neunziger Jahren wurde gezielt in 25 "Schwellenländern" investiert - bis zum Sturzflug der Aktien und dem Abwertungswettlauf der Währungen in Südostasien im Sommer 1997. Große Teile von Asien, Afrika und Lateinamerika, aber auch von Osteuro-

pa sind längst völlig vom

trieb (Martin Schumann, "Die

aus können Forderungen nach

ort Grund für die Schließung des britischen

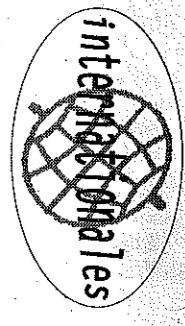
Das Beispiel Siemens

Siemens will nicht nur in der BRD, sondern weltweit Stellen streichen. Siemens will sich von 50 Geschäftsfeldern mit 60.000 Arbeitsplätzen trennen. Und das, obwohl der Konzern auch im letzten Geschäftsjahr 1997/98 einen operativen Gewinn von 2,65 Milliarden DM erzielt hat, obwohl Siemens seit drei Jahren keine Mark mehr an den Fiskus zahlen muß, obwohl Siemens Subventionen in Milliardenhöhe kassiert. Beim Bau einer neuen Chip-Fabrik in Dresden kassierte Siemens 800 Millionen DM.

Im britischen North Tyneside baute der Elektrokonzern eines der modernsten Werke Europas. Ein Jahr nach der Eröffnung verkün-

Sascha Stanicic, Köln

den, auch genutzt werden.



Augenzeugenbericht aus Rumänien Polizeibrutalität gegen Bergarbeiter

In Rumänien protestieren die Bergarbeiter gegen Pläne der Regierung, die staatlichen Subventionen für den Bergbau zu streichen und 140 Zechen zu schließen, was 70.000 Bergarbeitern den Arbeitsplatz kosten würde. Vom 18. bis 22. Januar marschierten 10.000 Bergarbeiter Richtung Bukarest, woraufhin die Regierung Kompromißbereit-schaft signalisierte.

Am 18. Februar erhielten wir von Annette Schmidt und Sarah Martin, die am zweiten Marsch der Bergarbeiter im Februar teilnahmen, folgenden Bericht:

„Nachdem die Versprechungen der Regierung nach dem letzten Marsch nicht eingehalten wurden, rufen die Bergarbeiter in Petrosani erneut in einen unbefristeten Streik. Nachdem zusätzlich das Oberste Gericht Cozma, den Anführer der letzten Bergarbeiterbewegungen, zu 18 Jahren Haft verurteilt hatte, machte sich die Hälfte der Streikenden erneut auf den Weg nach Bukarest, um die Verhaftung Cozmas zu verhindern.“

Wie beim letzten Mal hatte die Polizei Sperrn und Barrikaden entlang des Weges aufgebaut. Die ca. 4000 Arbeiter, die dieses Mal mit Bussen unterwegs waren, konnten die ersten beiden durchbrechen. Doch anders als zuvor war die Regierung bereit, ihre ganze Stärke einzusetzen: Bei der

dritten Barrikade wurden 7000 Polizisten in der Ortschaft Siojest stationiert. Sie besetzten eine Brücke und setzten Reizgas- und Gummigeschosse ein. Innerhalb einer Stunde wurden die Bergarbeiter eingekesselt, die Luft war darauf verpestet, daß wir in den Bussen nicht mehr normal atmen konnten.

Es gelang den Bergarbeitern schließlich auszubrechen, die Polizei folgte. Im Lauf des Gefechts wurden 543 Bergarbeiter – alle Arbeiter, die greifbar waren – verhaftet, und spätestens bei der Verhaftung verletzt. Während der Verhaftungen wurden Arbeiter gezwungen, sich mit Waffen der Polizei fotografieren zu lassen. Diese Bilder wurden nachts im Fernsehen mit dem Untertitel „brutale Terroristen verhaftet“ gezeigt. Um zu verhindern, daß die Presse die Opfer der Polizei filmt, hielten die Polizisten Schilde vor die blutigen Gesichter der Verletzten. Die Verletzungen befanden sich fast ausschließlich an Kopf und Gesicht, viele leiden unter psychischen Schocks und Traumata.

Die Polizei wollte uns den Fotoapparat abnehmen, damit die Bilder nicht ins Ausland gelangen. Durch den mühtigen Einsatz von Bergleuten konnte dies aber verhindert werden. Einige Einwohner wurden aus ihren Häusern gezerrt, um diese nach Bergarbeitern zu durchsuchen. Die Polizei scheute nicht einmal davor zu



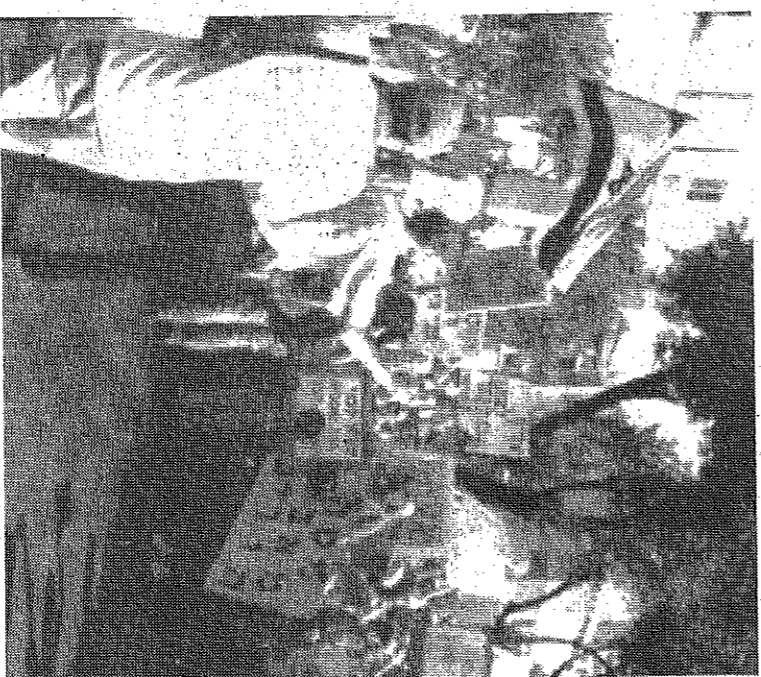
Rumänien muß die Staatsausgaben senken, sonst bewilligt der IWF keine weiteren Kredite. Wer sich gegen den Verlust seines Arbeitsplatzes wehrt wie die Bergleute, bekommt die volle Wucht der Staatsmaschine zu spüren.

rück, weinende Anwohnerinnen zu verprügeln und aus deren Häusern heraus mit Tränengas zu schießen. Ein Arbeiter, während eines Fluchtversuchs von einem vorbeifahrenden Zug überfahren. Gegen Tagesanbruch wurden auch Hubschrauber eingesetzt, um flüchtende Bergarbeiter zu finden. Alle Busse und Krankenwagen wurden vollkom-

men zerstört und von der Polizei geplündert.

Bei der Rückkehr der restlichen Bergarbeiter in Petrosani war der Bahnhof voll von weinenden Frauen und Kindern. Neben der Angst um ihre Männer schrien sie, daß Cozma ihre letzte und einzige Hoffnung sei. Heute ist die Stimmung demoralisiert und von Angst geprägt. Die Polizei hatte ange-

Neue Arbeiterpartei in Israel



Zum ersten Mal wurde in Israel eine Partei gegründet, die sich zum Ziel gesetzt hat, die Interessen der Arbeiter zu vertreten.

Nach einer Welle von Klassenkämpfen bis hin zu Generalstreiks in den letzten Jahren wurde nun in Israel eine neue Partei gegründet, die sich zur Aufgabe machen will, die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu vertreten. Mitglieder der israelischen Schwestervereinigung der SAV, Maavak Sozialist (Sozialistischer Kampf) berichten von der Gründungsversammlung:

„Heute haben wir an einer Versammlung von 1500 Menschen teilgenommen, auf der die Gründung einer neuen israelischen Arbeiterpartei, Am Eched („Ein Volk“ – einen Namen, den wir nicht gewählt hätten), erklärt wurde. Das ist das erste

terkomitees der Histadruth-Gewerkschaft.

Das brennende Thema schien die schreckliche Armut in Israel zu sein, wachsende Arbeitslosigkeit, niedrige Löhne, eine allgemeine Verschlechterung der Lebensbedingungen und ein verrottenes Gesundheits- und Bildungswesen.

Amnon Shavit, der Führer der Bromid-Arbeiter, trat für eine komplette Ablehnung von Privatisierungen ein. Er sagte: „Die reichen Bosse wollen nicht, daß wir ertinken. Sie wollen, daß wir mit unseren Mündern so gerade eben nach Luft schnappen über der Wasseroberfläche, bleiben, daß mit wir unsere Zeit damit verbringen, zu versuchen uns zu ernähren.“

kündigt, alle Beteiligten zu Hause zu besuchen. Es wird befürchtet, daß wie in den 70er Jahren Spitzel in die Bergwerke eingeschleust werden und damit die Gewerkschaft von innen gesäubert wird. Trotzdem geht der Streik für höhere Löhne und gegen die Schließung der Zechen weiter.“

zu vereinen – Araber, Juden, Aschkenasim (mittel- und osteuropäische Juden), Sephardim (west- und südeuropäische Juden), neue Einwanderer, alte Menschen. Dafür erhielt er gewaltigen Applaus. Amnon Shavit sagte, daß alle bestehenden Parteien die Interessen der reichen Unternehmer vertreten und das dies der Grund sei, daß Arbeiter eine Partei brauchen, die sie mit der gleichen Entschlossenheit vertritt. Peretz und andere Redner sagten, daß keine der existierenden Parteien die Arbeiter repräsentieren und daß sie von den Arbeitern abgeschnitten sind.

Im Unterschied zu anderen Parteien, die von Millionen finanziert werden, wird seine Partei durch 30 Scheckel Beitrag pro Mitglied finanziert werden und damit „werden wir die Millionäre schlagen“. Dafür erhielt er großen Applaus. Allerdings sagte Peretz, er habe nichts gegen den freien Markt, aber dieser solle nicht völlig in den Ruder laufen. Er wolle für eine freie Marktwirtschaft mit einem gewissen Kampf.

Nach der Konferenz gingen wir in ein Cafe nebena, wo einige Arbeiter enthusiastisch ihre Likud-Mitgliedsbücher zerstießen und ihre Unterstützung für die neue Partei versprachen.

Louis Roth, der Kopf des Arbeiterkomitees bei der Bank Leumi fragte uns nach unserer Meinung über die Konferenz. Sie war ein großer Schritt voran, aber wir waren enttäuscht über den Personalkulturstützung für den Kapitalismus.

Louis Roth sagte, daß nicht alles perfekt ist, aber daß das meiste, was sie wollten, erreicht worden sei. Er sagte

Ein Untersuchungsbericht des ehemaligen Richters Sir William Macpherson beschuldigt die Londoner Polizei eines „böartigen und internationalisierten Rassistmordung“ Hintergrund ist die Ermordung von Stephen Lawrence, einem schwarzen Jugendlichen, durch eine Gruppe weißer Jugendlicher im Jahr 1993. Macpherson erklärt, die Polizei habe aus rassistischen Gründen nachlässig ermittelt und die Verurteilung der Täter verhin-dert. Der britische Innenminister Straw, auf dessen Auftrag hin der Bericht zustande kam, war wohl nicht ganz glücklich mit dessen Inhalt: er wollte die Veröffentlichung der wesentlichen Kritikpunkte in der Zeitung „Sunday Telegraph“ durch eine einstweilige Verfügung verhindern. Zu spät: 300.000 Exemplare waren schon über den Ladentisch gegangen.

Jordanien

Niemals zuvor sind soviel Staatschef's zu einer Beerdigung zusammen gekommen, wie zu der von König Hussein von Jordanien. In den Medien wurde dieser als großer Friedensstifter im Nahen Osten dargestellt. Die Wahrheit sieht anders aus. In Jordanien gibt es 30 Prozent Arbeitslosigkeit. Hussein war Kopf eines repressiven Staates, der zum Beispiel brutal gegen Hungeraufstände vorgegangen ist. Seine Geheimpolizei und Bluttruppen sind bekannt für ihre repressive Rolle. Hussein war auch kein Freund des palästinensischen Volkes. 1970 kam es zu einem Bürgerkrieg zwischen dem jordanischen und palästinensischen Guerillakämpfern. Im „schwarzen September“ bombardierte Husseins Armee die palästinensischen Flüchtlingslager und tötete 10.000 Palästinenser.

Italien

Schon gewußt? Es ist eine allgemeine Erfahrungstatsache, daß es quasi unmöglich ist, einer Person auch nur zum Teil die Jeans auszunehmen ohne ihre tatsächliche Mitwirkung. Unter anderem damit begründet der Oberste Gerichtshof Italiens die Aufhebung einer Verurteilung eines Vergewaltigers. Sein Opfer trug Jeans. Dazu sagt die Abgeordnete Gloria Buffo: „Keine Jeans und keinen Minirock. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als das lange Abendkleid anzuziehen, um im Falle einer Vergewaltigung nicht Gefahr zu laufen, als Komplizin angesehen zu werden.“

Bauernterror?

30.000 Bauern demonstrieren in Brüssel gegen die EU-Agrarreform - zum Teil gewalttätig. Viele wollten die EU-Verwaltungsgebäude stürmen und konnten nur durch Stacheldrahtsperrungen und den Einsatz von Wasserwerfern gestoppt werden. Wäre nicht ein

Arbeitskampf bei Ford in Brasilien

Am Heiligabend letzten Jahres erhielten 2800 Ford-Arbeiter in Sao Paulo ein Telegramm, das besagte, daß sie gefeuert sind. Seitdem wurde der Kampf gegen diese Entlassungen zum Symbol des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit in einem Land, das in einer tiefen Krise steckt.

Andre Ferrari, CWM-Mitglied in Brasilien

Die Autoindustrie gehört zu den Branchen, die am meisten gefeuert haben. Im letzten Jahr gab es 10.000 Entlassungen und die Beschäftigung in der Autoindustrie ist mit knapp über 95.000 auf dem tiefsten Stand seit 1973. Volkswagen, der größte Arbeitgeber mit ca. 30.000 Beschäftigten in Brasilien, hatte gedroht, zum Ende des letzten Jahres 7500 Beschäftigte zu entlassen, und schäftigte zu reduzieren und plant eine Reduzierung der Beschäftigtenzahl auf maximal 12.000 bis zum Jahr 2000. Der Arbeitsplatzverlust, der bei Ford angekündigt wurde, betrifft in dieser einen Fabrik 42 Prozent aller dort beschäftigten Arbeiter. Die Geschäftsleitung sagt, die Entlassungen seien aufgrund der Schwierigkeiten nötig, die durch die Rezession in Brasilien entstehen.

Die Arbeiter haben in einer Massenversammlung entschieden, die Entlassungen nicht zu akzeptieren und ganz normal zur Arbeit zu gehen. Seit dem 4. Januar gingen alle Arbeiter, ob entlassen oder nicht, in ihren Baumännern in die Fabrik. Aber die Firma hat sich gewehrt, die Produktion wieder aufzunehmen und hat stattdessen nach einer Woche einen

über 10.000 teilgenommen haben, darunter Arbeiter der anderen Autofabriken des Stadtteils, Ehefrauen und Kinder der Arbeiter, landlose Farmer und SchillerInnen. Eine Solidaritätskampagne zur Unterstützung des Kampfes wurde ins Leben gerufen und Volkswagen-Arbeiter haben zwei Stundenlöhne an die Kollegen von Ford gespendet. Dem haben sich Arbeiter in anderen Bereichen angeschlossen. Das Unternehmen wurde gezwungen Verhandlungen mit der Gewerkschaft und dem Fabrikkomitee aufzunehmen. Aber ihr Vorschlag beinhaltete nur eine kleine Erhöhung der Abfindungen.

Im ganzen Land schauen Arbeiter auf den Kampf bei Ford. Der Widerstand gegen Entlassungen bei Ford kann ein Hebel für eine Massenbewegung gegen die Politik der Cardoso Regierung und deren Bosse vom Internationalen. Während sowohl der Gewerkschaftsverband CUT als auch die Arbeiterpartei PT wollen keine Regierungskrise provozieren. Diese Politik bedeutet, daß es, obwohl die Stimmung gegen die Regierung täglich wächst, noch nicht zu einer Massenbewegung gekommen ist. Aber durch Fabrikesetzungen, durch die Forderung nach der Öffnung der Geschäftsbücher und die Überführung aller Betriebe, in die Leitung vornehmen, in Gemeindegemeinschaften unter demokratischer Arbeiterkontrolle, können der CUT und die PT einen massenhaften Widerstand organisieren, der die Bosse und die Regierung

Heute haben wir an einer Versammlung von 1500 Menschen teilgenommen, auf der die Gründung einer neuen israelischen Arbeiterpartei, Am Eched („Ein Volk“ – einen Namen, den wir nicht gewählt hätten), erklärt wurde. Das ist das erste

Mas will die SAV?

Fast jeder/ macht sich Sorgen um die Zukunft. Kein Zufall, denn mit der Marktwirtschaft geht es abwärts. Die Krise der Weltwirtschaft weitet sich aus. Die sozialen Folgen sind noch nicht abzusehen. Arbeitslosigkeit und Sozialabbau haben sich schon im Aufschwung verschlimmert. Weltweit finden Hunger, Elend und Kriege täglich neue Opfer. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. All das hat System und das System heißt Kapitalismus.

Großkonzerne und Banken treffen ihre Entscheidungen nach Profitinteressen. Eine Mehrheit besitzt die Fabriken, Banken, Immobilien und verfügt über den gesamten Reichtum. Weltweit besitzen 358 Milliardäre fast soviel wie 50 Prozent der Weltbevölkerung an Einkommen haben. Die Marktwirtschaft bietet keine Zukunft.

Widerstand
Wir organisieren Gegenwehr gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neonazis. Wir sind aktiv in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen. Die SAV tritt für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns am Aufbau von innergewerkschaftlichen Oppositionsgruppen und anderen Zusammenschlüssen von kritischen und kämpferischen KollegInnen.

SAV
Die Sozialistische Alternative (SAV) wurde 1994 um die sozialistische Zeitung *Voran* gegründet. Gründungsmitglieder waren aktive AntifaschistInnen, Kritische GewerkschafterInnen, JungsozialistInnen, linke SPD- und PDS-Mitglieder. Die SAV ist demokratisch aufgebaut. Wir setzen uns in der Arbeiterbewegung dafür ein, daß gewählte Vertreter nicht mehr verdienen als einen durchschnittlicher Arbeitnehmer. Dieses Prinzip setzen wir bei uns selber um.

Solidarität
Um an der Macht zu bleiben, müssen die Herrschenden versuchen, uns gegeneinander auszuspielen. Gemeinsamer Widerstand ist notwendig: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer, jung und alt. Der Kapitalismus ist international, der Kampf dagegen auch. Die SAV hat sich mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ zusammengeschlossen um den Kampf über Ländergrenzen hinweg organisieren zu können.

Neue sozialistische Arbeiterpartei
Die Abwahl von Kohl war eine Ermütigung für die Mehrheit der Beschäftigten, Arbeitslosen und Jugendlichen in Deutschland. Aber die Erwartungen der Bevölkerung werden unvermeid-

lich enttäuscht werden, da weder SPD noch Grüne bereit sind, sich mit den Banken, Konzernen und den Superreichen anzulegen. Das ist die Marktwirtschaft akzeptieren, werden sie versuchen, die Krisenlasten auf die Masse der Bevölkerung abzuwälzen.

Die PDS wird ihrem Anspruch sozialistische Opposition zu sein nicht gerecht. Sie nutzt ihre Unterstützung unter ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen nicht, um außerparlamentarischen Widerstand zu organisieren. Stattdessen hat sie auf Kommunal- und auf Länderebene begonnen, Privatisierungen und Kürzungen mitzutragen. Die PDS akzeptiert die Marktwirtschaft und damit auch die Folgen der Krise der Marktwirtschaft für die Masse der Bevölkerung.

Um den Kapitalismus abzuschaffen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen, bedarf es einer revolutionären, sozialistischen Massenpartei. Die SAV baut eine solche Partei auf.

Heute hat die Arbeiterklasse keine Massenpartei, die ihre politische Vertretung darstellt. Eine neue Massenpartei von ArbeiterInnen und Jugendlichen wäre ein großer Fortschritt, selbst wenn diese kein konsequentes sozialistisches Programm vertreten würde. Sie würde Massen von ArbeiterInnen und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich von den bürgerlichen Parteien unabhängig zu organisieren und für ihre Interessen einzutreten. Die SAV tritt in jeder Situation für die Einheit der Arbeiterklasse in der Aktion ein und wird Ansätze zu neuen, breiten Arbeiterparteien unterstützen. Die SAV verbindet den Kampf um Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft.

Sozialismus
Bei planmäßigem und sinnvollem Einsatz von Wissenschaft und Technik wäre es möglich, allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Das Übel muß an der Wurzel gepackt werden, der Kapitalismus gehört abge-schafft. Es gibt eine Alternative zu dem heutigen System. Die Alternative ist Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus braucht Demokratie, wie der Körper Sauerstoff. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten, noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen enteignet, in Gemeineigentum überführt und unter demokratische Kontrolle gestellt werden. Wir brauchen eine geplante Wirtschaft in der die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen entscheiden und nicht die Profite einiger Weniger.

Gegen staatlichen Rassismus

- ★ Weg mit den Ausländergesetzen
- ★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Keine Abschiebungen

Keinen Fußtritt den Nazis

- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten
- ★ Abrüstung jetzt
- ★ Gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr
- ★ Stop von Rüstungsexporten
- ★ Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion

Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

- ★ Nein zu Lohnverzicht, nein zu Bündnissen und runden Tischen mit Unternehmern und Regierung
- ★ Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen FacharbeiterInnen

Nein, zum Europa des Kapitals

- ★ Gemeinsamer internationaler Kampf gegen Sozialabbau
- ★ Nein zum „Euro“, nein zu Maastricht

Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Überführung der Banken, Konzerne, Versicherungen in Gemeineigentum.
- ★ Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- ★ Keine überbezahlten und korrupten Manager und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung. Demokratische Wahl aller Personen in Leitungsfunktionen.
- ★ Statt Produktion für den Profit - Produktion für die Bedürfnisse der Menschen

JA, ich möchte die VORAN abonnieren!

- zehn Ausgaben zu 25 DM
- ein Förderabo mit einer monatl. Spende von DM bezahle zusätzlich Exemplare zum Weiterverkaufen (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

Name Telefon

Adresse

Geschenk-Abo befristet, 10 Ausgaben zu 25 DM unbefristet

Ich verschenke das Abo. Bitte an folgende Adresse liefern:

Name Telefon

Adresse

Ich erteile VORAN e.V. eine Einzugsermächtigung über:

DM einmalig monatlich vierteljährlich

Kontoinhaber, Anschrift

Konto / Bank/ BLZ

Ort, Datum, Unterschrift

Spenderfonds

Bis zur Bundeskonferenz zu Ostern sollte in unserer Arbeit die Diskussion mit Mitgliedern und UnterstützerInnen der SAV im Vordergrund stehen. Dabei wollen wir alle Sympathisanten und jedes Mitglied auffordern, ein Abonnement der VORAN, möglichst verbunden mit einer regelmäßigen Spende für die SAV, zu bestellen.

Die Bundeskonferenz wird der Startschub sein für unsere Kampagne zur Mobilisierung gegen den Euro-Gipfel am 29. Mai in Köln. Wir planen ein Plakat und ein Flugblatt für die Mobilisierung zur Demo in großer Auflage zu drucken. Am Abend der Demonstration werden wir in Köln eine Veranstaltung des Komitees für eine Arbeiterinternationale (CWI) mit SprecherInnen aus verschiedenen Ländern organisieren, zu der wir mit einem Plakat und sowohl einem deutsch- als auch einem mehrsprachigen Flugblatt einladen. Wir bitten alle LeserInnen um Spenden für diese Kampagne.

Spendenappell zum Jahreswechsel

11.322 DM sind beim Spendenappell zum Jahreswechsel in der Bundeszentrale eingegangen. Damit haben wir unser Ziel von 15.500 DM verfehlt. Allerdings stehen noch fast 1200 DM versprochene Spenden aus, die jetzt bezahlt werden sollten.

Mit dem gespendeten Geld haben wir das Komitee für eine Arbeiterinternationale, deren deutsche Sektion die SAV ist, unterstützt und unsere Delegierten zum Weltkongreß der Internationalen finanziert (siehe VORAN Nr. 201). Das restliche Geld haben wir dazu verwendet, uns eine kleine Rücklage anzuzubauen.

15.500 DM Ziel
11.322 DM erhalten

Sozialistische Alternative - Ortsgruppen

- Aachen**
OG Ost: Dienstags, 19.00 Uhr, SEDAN-Eck, Adalbertsteinweg 233
OG Nord: Mittwochs, 19.30 Uhr, Che-Haus, Pontstr. 41
OG West: Mittwochs, 19 Uhr, Cafe WABE, Umwelt- u. Dritte-Wel-Haus, An der Schanz 1
Infos unter Tel. (0241) 508685 im SAV-Büro
- Berlin**
OG Treptow-Kopenick: Mittwochs 19 Uhr, Selbsthilfezentrum, Fennburg-Harburg (S-Bahn Harburg str. 31, S-Bahnhof Schöneweide
OG Prenzlauer Berg: Montags 19 Uhr, „Kiez-Club“, Jablonskistr. 26, S-Bahn Prenzlauer Allee
Infos unter Tel. (030) 4408429 im SAV-Büro
- Bremen**
Donnerstags, 19 Uhr, Kulturzentrum Wehschloß, Haseder Ost-erreich 230
Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale
- Dresden**
Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale
- Frankfurt/Main**
Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale
- Freiburg**
Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale
- Hamburg**
Dienstags, 18.30 Uhr, Haus der Jugend, Steinkestr. 20, Hamburg-Harburg (S-Bahn Harburg Rathaus, Richtung Bremer Str.)
Infos unter Tel. (040) 76621797 bei der SAV-Bundeszentrale
- Kassel**
Mittwochs, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlachthof, Mohnbachstr. 12, Infos unter: (0561) 9223522
- Kiel**
Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale
- Rostock**
Donnerstags, 19 Uhr, Augustenstraße 92 (Eckgrüner Weg), Infos unter: (0381) 4996590 im SAV-Büro
- Siegen**
Mittwochs, 19 Uhr, U afrikanischen Verein, terführung 12 (neben Infos, Tel.: (0271) 5
- Stuttgart**
Mittwochs, 19.30 Uhr, haus Mitte, Hohe Str. Infos unter Tel.: (07
- Sonstige**
Kontakt zu folgenden über die SAV-Bundeszentrale:
Duisburg, Göttinger Recklinghausen und

VORAN Nr. 203 · März

Überregionale marxistische Monatszeitung - Erschienen seit 1973

CDU: Rassismus pur

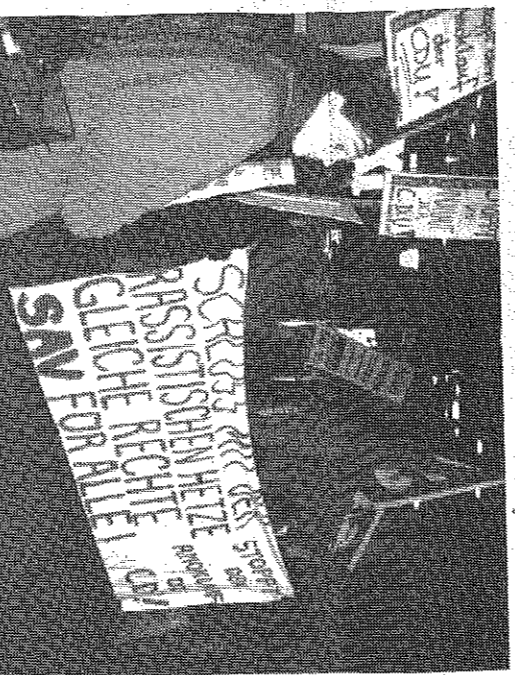
Aachener CDU hetzt gegen ein afrikanisches SAV-Mitglied

Opfer der CDU-Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft wurde ein aus Afrika stammendes SAV-Mitglied in Aachen. Sein Verbrechen: er nahm an einer Protestaktion vor dem CDU-Büro teil und wurde in der Aachener Lokalpresse zitiert und mit einem Foto abgebildet. Angeblich soll es nach der Protestaktion zu Sachbeschädigungen im CDU-Büro gekommen sein. Für die CDU stand offenbar fest, dass kann nur der Schwarze gewesen sein. Sie startete eine Hetzkampagne. Über den CDU-Rassismus und die Reaktion der SAV berichtet Sigi Moll aus Aachen.



Gaetan Kayitare mit einem Abdruck des hetzerischen Artikels aus „CDU intern“

Um die unstrittige Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsbürgerschaft in ihren eigenen Reihen durchzusetzen, greift die Aachener CDU zu offener rassistischer Hetze und schürt Ausländerhass unter ihren Mitgliedern. Das SAV-Bundesvorstandsmitglied Gaetan Kayitare wurde in ihrer Mitgliederzeitung (cdu-intern) zu einem Schreckgespenst aufgebaut. Auf der Titelseite der Februar-Ausgabe wurde Gaetan Kayitare namentlich genannt, als Randalierer bezeichnet und der Sachbeschädigung im Rahmen ei-



Mitglieder und Sympathisanten der SAV demonstrieren in Aachen gegen Rassismus und Hetze

ner Protestaktion vor dem CDU-Büro beschuldigt.

Lüge und Hetze der CDU

Um die Richtigkeit dieses Vorwurfs vorzutäuschen, wurde behauptet, er sei von der Polizei gestellt worden. „Wir sagen: Wer sich so in Deutschland einführt und aufhält, dem sollten wir nicht unsere Gastfreundschaft und schon gar nicht die deutsche Staatsbürgerschaft geben. Wer den Straßenkampf von Ruanda nach Deutschland importiert, gehört nicht hierhin.“, heißt es im Text. Mit Methoden, die man sonst nur von den Faschisten kennt, wurde ein Bild des SAV-Mitglieds mit Untertitel veröffentlicht. „Wir brauchen keinen Bürgerkrieg in Deutschland.“ Krawallmacher

und Chaoten, die unseren Frieden zerstören wollen, sollen umgehend in ihre Heimat zurückkehren!“ Dieser Aufruf zur Abschlebung und die ganze Verleumdungs- und Rufmordkampagne stellt eine ernsthafte Bedrohung für Gaetan Kayitare dar. Schließlich

zunehmen und sich bei ihm öffentlich zu entschuldigen, eine Presse Einladung für eine Pressekonferenz am nächsten Tag, ein Brief an andere Parteien und Organisationen mit der Aufforderung, öffentlich zu protestieren und ein Flugblatt für die Mobilisierung zu einer weiteren Protestaktion bei einer CDU-Veranstaltung zum Thema Doppelpaß.

Aachens Bürger sind empört

Kaum war die Einladung an die Presse verschickt, wollten Zeitungen und Radios die Pressekonferenz nicht abwarten. Interviews wurden per Telefon geführt und DGB, SPD, Bündnis 90/Die Grünen verteilten die Hetze der CDU. Schon am nächsten Tag war es das vorherrschende Thema in Aachen. Radio Aachen begann ihre Nachrichtensendung mit dem Satz: „Halb Aachen fordert die öffentliche Entschuldigung von Herrn Daldrup.“ Daldrup ist Bürgermeister und CDU-Vorsitzender. Am Abend wurde unter diesem Druck eine CDU-Vorstandssitzung einberufen, die eine Presseerklärung herausgab, in der die größten Lügen zurückgenommen wurden: Die Behauptungen, Gaetan Kayitare sei von,

uns erkennbare Rädelführer der Gruppe. Wir kennen ihn als Mitglied der ultralinken SAV, er ist ja nicht unbekannt.“

Difamierung der SAV war beabsichtigt

Dies zeigt, daß es der CDU auch darum ging, die SAV zu diffamieren, die in Aachen die wichtigste politische Kraft links von rot-grün ist und eine Kandidatur bei den diesjährigen Kommunalwahlen plant. Dem Druck der Öffentlichkeit nachgebend mußte der CDU-Chef doch noch die Difamierung zurücknehmen und sich dafür auf einer öffentlichen CDU-Veranstaltung entschuldigen, während vor dem Saal die SAV, linke Gewerkschaften, VVN und andere protestierten. Es wurde alles dargestellt, die rassistische Hetze als einen einmaligen Ausbruch aus dem Eifer des Gefechts darzustellen. Davon kann aber keine Rede sein.

Rassistischer Konsens in der CDU

Laut Herrn Daldrup hatte der Text dem erweiterten CDU-Vorstand, immerhin ein Gremium von achtzig Leuten, vor-

Ausländer und SAV-Führungsmitglied zu sein, ist in den Augen der Aachener CDU doppelt kriminell. Um die SAV zu schädigen und mich aus Deutschland rauszuschmeißen, griff die CDU zur untersten rassistischen Schublade. Jetzt dürfen wir erst recht nicht der CDU die Straßen für ihre Unterschriftenaktion allein überlassen“
Gaetan Kayitare

SAV gegen CDU

In der ganzen Bundesrepublik nahmen SAV-Ortsgruppen an Aktionen gegen die Unterschriftensammlungen der CDU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft teil. Es folgt eine kleine Auswahl von Erfahrungen:

Köln

Dreimal sammelte die CDU bisher Unterschriften in der Kölner Innenstadt und dreimal protestierten SAV-Mitglieder und über einhundert andere Antrassistinnen. Viele Passantinnen, vor allem Immigrantinnen, nahmen an diesen Protesten teil und schimpften lautstark auf die CDU. Ein großes Polizeiaufgebot „schützte“ den CDU-Stand. Wie immer versuchte die Polizei Demonstrantinnen zu kriminalisieren, auch wenn die wenigen Rempelien meist von CDU-Mitgliedern ausgingen. Neben den Protesten rief die Aktion aber auch nicht wenige Rassistinnen auf den Plan, die sich motiviert fühlen, einmal zu sagen, was sie wirklich denken. So wurde ein SAV-Mitglied dreimal mit dem Satz beschimpft, man solle ihn „vergassen“. CDU-Politiker und Polizeibeamte, die diese Nazi-Hetze mitklügeln schweigend und behaupteten nichts gehört zu haben. Bei den drei Aktionen verkauften wir ca. 60 Exemplare der VORAN und konnten mit unseren Megaphon-Reden die CDU empfindlich stören. Gestört haben wir offensichtlich auch die Polizei. Nachdem wir nach Ende der über dreistündigen Aktion unseren Info-Stand einpackten und zu unserem in einer Seitenstraße geparkten Wagen gingen, wurden wir in dieser Nebenstraße von einer Gruppe Polizistinnen gestellt und unsere Personalien aufgenommen. Grund: Verdacht auf einen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz.

Stuttgart

Die Baden-Württembergische CDU begann ihre Unterschriftensammlung am 22. Januar in Stuttgart. Dazu verteilten die „Republikaner“ Flugblätter, in denen sie die CDU lobten, daß sie sich auf sie zubewegt. Es waren auch zahlreiche linke Gegendemonstrantinnen und hystrische Polizisten da. Erst verboten sie uns, ein Transparent auszuspucken, dann den Verkauf der VORAN, was ein klarer Bruch der Pressefreiheit ist. Als ein SAV-Mitglied daraufhin Zeitungen verschenken wollte, wollten sie ihn (und das Geld dafür selbst bezahlen) wolle, wollten sie ihn das zunackern auch verbieten. Acht Tage später besuchen wir einen CDU-Infostand im Stadtteil. Einige Leute, die auch in der Zeitung von dem Infostand gelesen hatten, kamen extra her, um feierlich zu unterschreiben. Aber die meisten Passantinnen lehnten das empört ab. Ein paar fragten, wo sie gegen die CDU unterschreiben können, und wurden zu uns weitergeleitet.

Rostock

SAV und Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) führten eine gemeinsame Aktion vor dem CDU-Haus durch. Die Polizei verlangte nach einer Stunde den Abbau des Info-Standes, weil keine Genehmigung vorlag. Die Aktion lief aber auch ohne Info-Stand weiter und es wurden Unterschriften gegen die CDU-Kampagne gesammelt. Insgesamt hat die Rostocker SAV schon 500 Unterschriften gesammelt und diese bei der Aktion an einem Seil vor dem CDU-Gebäude aufgespannt. Dort kann es dann zu Diskussionen, bei denen CDU-Vertreter sagten, sie würden ihre Unterschriftenkampagne nach zwei Versuchen nicht weiter führen, weil die Resonanz enttäuschend war.



**SAV-Bundeskongress
2. bis 4. April in Köln**

- Themen:**
- ★ Weltwirtschaftskrise und rot-grüne Regierung – wie weiter in Deutschland?
 - ★ Grundsatzprogramm der SAV
 - ★ Die Rolle der VORAN beim Aufbau der SAV
 - ★ Der Aufbau der SAV 1999
 - ★ Bericht von einem Vertreter des CWI

Anberkstrasse zu:
- Europaweite Demonstration am 29. Mai in Köln und Euro-Marische
- Kandidaturen der SAV bei Kommunalwahlen 1999
- Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit
- Die Revolution in Indonesien (Augenzeugebericht)

Kosten: 80 DM plus Fahrtkostenausgleich (ca. 35 DM)
Es wird Kinderbetreuung angeboten, Kosten: 10 DM für Essen. Bitte Kinder frühzeitig anmelden.
Anmeldung bis zum 22. April unter: (0221) 13 45 04

SAV Sozialistische Alternative

Neue Abonnenten für die VORAN:
Heute schon abonniert?
bisher: 139
Ziel bis April: 400

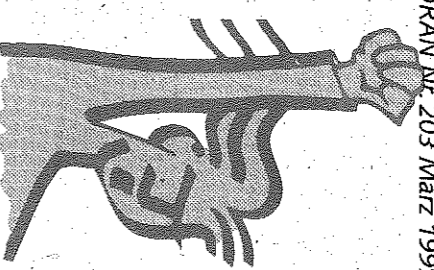
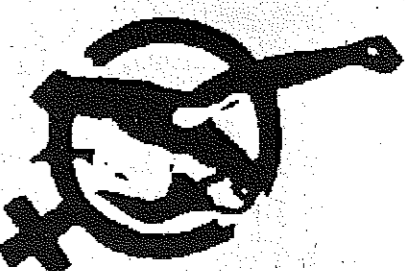
VORAN

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

VORAN Nr. 203 März 1999

1,- DM Solidaritätspreis 3,- DM

**8. März:
Internationaler
Frauentag**



Frauen fordern gleiche Rechte!

Ex-Sowjetunion: Katastrophale Situation für Frauen

Nach über 80 Jahren Internationalem Frauentag und ebenso lange nach der Russischen Revolution 1917 sprachen wir mit Anna, Mitglied unserer Schwesterorganisation in der Ex-Sowjetunion, über die Situation der Frauen in Rußland, dem Geburtsland des internationalen Frauentags. Nach der russischen Revolution wurden viele Verbesserungen für Frauen eingeführt. Es gab viele Reformen, z.B. im Bildungsbereich, öffentliche Küchen und Wäschereien wurden eingerichtet um die Hausarbeit zu erleichtern, Abtreibung wurde ermöglicht, Ehe- und Scheidungsgesetze vereinfacht. Dies war ein großer Schritt in Richtung Gleichberechtigung, vieles wurde jedoch mit der Errichtung der stalinistischen Diktatur wieder rückgängig gemacht. Das Gespräch führte Christiane Mergner aus Berlin.

VORAN: Was bedeutet der 8. März in Rußland?

Anna: Für die russische Revolution war der 8. März sehr wichtig. Als die Arbeiterinnen in Petrograd im Februar 1917 gestreikt haben, setzten sie den Startschuß für die Revolution. Es war der Tag der Internationalen Solidarität unter Frauen im Kampf. Die Frauen kamen zusammen, um ihre Stärke zu zeigen.



Frauenpower international



60 Frauen, im Alter von 15 bis 50, traten sich Anfang Februar um Erfahrungen aus verschiedenen Ländern zusammenzutragen. Beispielsweise über erfolgreiche Gegenwehr auszutauschen und die internationalen Verbindungen zu stärken. Das Frauenwochenende wurde vom CWI (Committee for a Workers International - Komitee für eine Arbeiterinternationale) organisiert, es waren Aktivistinnen aus Rußland, Deutschland, Österreich, Belgien, Schweden und Großbritannien ver-

on von jungen Frauen, von homo-/bisexuellen Frauen, Organisation von Frauen, die Geschichte der Frauenbewegung und Frauen im Sozialismus besprochen.

Resonanz unter vielen hundert von Frauen erfahren hat. Die meisten Gewerkschaften haben Programme von dieser Kampagne übernommen. Unter dem Namen "Nenn mich nicht Hure" organisieren wir in Schweden an vielen Schulen eine Kampagne gegen sexuelle Belästigung und Anmache von jungen Frauen. In Belgien konnten wir viele Frauen in Stadtteilen gegen die Erhöhung der Müllgebühren mobilisieren. Von SAV-Frauen aus Deutschland wurde über die

Was veränderte sich nach der Wiedereröffnung der Marktwirtschaft in den Staaten der Ex-Sowjetunion?

Die Situation wurde viel schlimmer. Die Restauration des Kapitalismus hat mehr Unterdrückung für Frauen gebracht, die Diskriminierung wächst. Die Prostitution nimmt rasant zu, der Körper einer Frau wird nur noch als Ware angesehen, den man kaufen kann. Offiziell sind 75% aller Arbeitslosen Frauen, in Wirklichkeit ist der Anteil noch größer. Viele Benefe, in denen hauptsächlich Frauen arbeiten, werden überhaupt nicht mehr bezahlt, so wie im Gesundheitswesen oder im Bildungsbereich. In diesen Branchen waren Männer und Frauen seit Monaten auf ihre Löhne. Durch die tiefe Wirtschaftskrise kann der Staat sie nicht mehr bezahlen.

Gibt es Widerstand gegen diese Zustände?

Es gibt ein Umdenken in der Arbeiterklasse, vor einiger Zeit dachten viele noch, der Kapitalismus bräuche ihnen eine rosige Zukunft, heute gibt es diese Illusionen nicht mehr, sie suchen nach einer Alternative. Frauen haben dabei ein großes revolutionäres Potential. Vor kurzem gab es einen Streik der Lehrerinnen. Während sie vor einem Jahr nur für ihr Geld auf die Straße gegangen sind, fordern sie heute eine Veränderung des Systems.

Wie sieht die Masse der Frauen ihre Situation in der Ex-Sowjetunion?

Wir haben eine besondere Situation durch 6 Jahre stalinistische Propaganda. Uns wurde von Kindheit an erzählt, daß es keine Diskriminierung gibt, daß Männer und Frauen gleichberechtigt sind, und viele glauben daran.

So gibt es heute in der GUS kaum Strebe nach Gleichberechtigung, dieser Begriff wird nicht einmal verstanden. Zum Beispiel gibt es keinerlei feministische Organisationen. Nicht daß ich sie für richtig halte, aber es beweist das sich die Frauen nicht darum kümmern. Nur einige Frauenorganisationen aus Westeuropa versuchen Arbeit zu machen, es gibt auch einige liberale Frauenorganisationen, aber als die Wirtschaftskrise sich verschärfte, waren diese völlig hilflos.

Keine Organisation außer unserer betrachtet die Situation der Frauen vom Klassenstandpunkt aus. Um die Situation zu ändern werden wir ein Frauenbüro organisieren. Dort wollen wir Kontakte herstellen zu Gewerkschaften, die Frauen vertreten, zu Fabriken, in denen Frauen arbeiten. Wir wollen ihnen helfen, Kampagnen zu führen, wir wollen Ansprechpartner sein für Frauen, die kämpfen wollen, gegen Sexismus, Diskriminierung oder Hungertöle, für einen bessere Zukunft, für Frauen und Männer.

Die ersten Opfer der Weltwirtschaftskrise

Die Auswirkungen der Krise, die mittlerweile knapp die Hälfte der Weltwirtschaft erfaßt hat, bekommen Frauen am härtesten zu spüren. Heute suchen weltweit die Hälfte der Frauen zwischen 15 und 65 Jahren einen Job. Innerhalb der EU sind 22 Prozent der weiblichen Jugendlichen arbeitslos.

Conny Dahmen, Aachen

Die Anzahl unsicherer Arbeitsverhältnisse ist weltweit im Zuge der Wirtschaftskrise um 30 Prozent gestiegen, 90 Prozent der Beschäftigten in diesen Arbeitsverhältnissen sind weiblich. Die meist sehr gesundheits-schädliche und schlecht bezahlte Heimarbeit nimmt zu. Durch die Isolation zu Hause haben Arbeiterinnen in diesem Bereich kaum Möglichkeiten, sich zu wehren und zu organisieren. Europaweit gibt es schon acht Millionen solcher Jobs, weltweit sind es 200 Millionen, die Hälfte dieser Arbeitnehmerinnen noch nicht mal die Firma, bei der sie angestellt sind.

Frauen stellen 85 bis 90 Prozent der Arbeitenden in den Freihandelszonen, die in den ex-kolonialen Ländern aus dem Boden schrieben. Dort können die Unternehmer ihre Arbeitskräfte ungehindert ausbeuten, wie es ihnen gefällt: eine 6 bis 7 Tage-Woche ist normal, ein Arbeitstag dauert bis zu 16 Stunden, medizinische Versorgung existiert kaum, die Arbeitenden haben keinerlei Rechte, Gewerkschaften sind verboten. Auf den Philippinen zum Beispiel sind Arbeiterinnen schon froh, wenn sie überhaupt Geld bekommen. Bei einigen Unternehmen zum Beispiel bei Adidas in Indonesien werden Arbeiterinnen während der Arbeitszeit eingesperrt.

Prostitution steigt, da viele Frauen gezwungen werden ihren Körper zu verkaufen. In von der Krise betroffenen Ländern wird von den Herrschenden wieder massiv die Propagandakontrolle geführt, sich den "wahren Aufgaben" der Frau zu widmen, nämlich Mann und Kindern zu dienen. In Rußland waren wie in den meisten anderen ehemaligen Ostblockstaaten vor der Zeit des wiedereingeführten Kapitalismus noch 95 Prozent aller Frauen erwerbstätig, nun sollen sie an Heim und Herd zurückkehren; gleichzeitig sind manche Familien schon so arm, daß Mütter ihre Kinder an Bahnhöfen verkaufen, um zu überleben.

In Großbritannien, wo Frauen mittlerweile nur noch durchschnittlich 57 Prozent des Durchschnittslohnes der Männer verdienen, betreibt die Labour-Regierung eine Heißkampagne gegen Alleinerziehende und für den Erhalt der „klassischen“ Familie. Alleinerziehende werden verantwortlich gemacht für Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und die Verwahrlosung der Jugend. Dies ist ein Vorgeschmack auf die Angriffe, die beim Eintritt Deutschlands in die Rezession auch hier folgen werden. Der Kapitalismus läßt Frauen weltweit für die Krise mit Arbeitlosigkeit, Billigjobs oder ihrem Körper bezahlen.

Doch dies führt auch zu erbittertem Widerstand. Überall auf der Welt stehen Frauen an der vordersten Front von Gegenwehr bei den Zapatisten in Mexiko, den "sans-papiers" in Frankreich, bei den Beschäftigten im Gesundheitswesen in Europa, den Lehrerinnen in Rußland, den französischen Schwestern, Kundinnenprotesten der Landlosenbewegung in Brasilien oder bei den Kämpfen von Studierenden und Arbeiter-